

Anton Hueber (1861–1935)

ORGANISATOR DER MODERNEN ÖSTERREICHISCHEN GEWERKSCHAFTSBEWEGUNG



Die Reihe Zeitgeschichte und Politik wird herausgegeben von Marcus Strohmeier im Auftrag des Verbandes österreichischer gewerkschaftlicher Bildung (VÖGB) und in Zusammenarbeit mit dem Archiv der sozialen Bewegungen.



Einladung Huebers zur Gesellenversammlung der Wiener Drechsler, sowie zur Versammlung der Krankenkasse, Wien 1894 (ÖGB Pressearchiv)

IMPRESSUM

Text: Marcus Strohmeier

Fotos und Materialien: Pressearchiv des ÖGB,

Verein für Geschichte der Arbeiterbewegung, Bibliothek der Arbeiterkammer Wien

Gestaltung: Katharina Bruckner

Wien 2011, 2. überarb. Auflage

INHALT

4	Vorwort
5	Nur drei Klassen Volksschule
6	Radikal und Grundsatztreu
9	An der Spitze der Gewerkschaftsbewegung
11	Kampf um die Einheit der Bewegung
15	Siegeszug der Gewerkschaften
17	Trotz Niederlagen lebt die Idee weiter
21	Aus den Reden und Werken Anton Huebers
21	Unsere Frauen (1893)
23	Aufruf zum Generalstreik (1893)
25	Partei und Gewerkschaften in Österreich (1907)
29	An die gewerkschaftlichen Vertrauensmänner in Österreich! (1914)
32	Organisationsfragen der gewerkschaftlichen Internationale (1927)
35	Die Gewerkschaften sind abwehrbereit! (1929)
39	Kämpfer seit fünfzig Jahren (1931)
40	Nachruf auf Anton Hueber (1935)
42	Bibliographie

VORWORT

Es ist nicht einfach, das bewegte Leben von Anton Hueber nachzuzeichnen. Die vorhandenen Materialien spiegeln ein oft stark fragmentarisches Bild dieses für die österreichische Gewerkschaftsbewegung so wichtigen Mannes wider. Auch seine Zeitgenossen lassen viele Schlüsse auf die Persönlichkeit des Arbeiterführers zu. So wird das Bild des radikalen, Bomben bauenden Anarchisten genauso vermittelt, wie jenes eines fürsorglichen und sehr sensiblen Menschen. Der Kampf um die Einheit der Arbeiterbewegung hat sein Leben nachhaltig geprägt. Der Erreichung dieses Zieles ordnete Hueber alles andere unter. Seine Zähigkeit wurde nach Jahren des schweren Kampfes mit dem Erfolg der von ihm geführten Reichsgewerkschaftskommission, wie auch durch den Aufbau des im In- und Ausland geachteten Bundes der Freien Gewerkschaften Österreichs belohnt.

Obwohl das Lebenswerk Huebers noch zu seinen Lebzeiten durch die Politik des Austrofaschismus unterbrochen wurde, schlossen seine Nachfolger mit dem Wiedererstehen der Republik 1945 an seine Aufbauarbeiten an. Die leidvollen Erfah-

rungen unter faschistischer und nationalsozialistischer Herrschaft führten zu einer verstärkten politischen Geschlossenheit innerhalb der Gewerkschaftsbewegung. So wurde mit Gründung des Österreichischen Gewerkschaftsbundes das Werk Huebers nicht nur fortgesetzt, sondern auch in seinem Sinne weiterentwickelt. Ohne dem Schaffen Huebers wäre eine moderne gewerkschaftliche Gesamtorganisation, wie der ÖGB sie ist, wohl kaum denkbar gewesen.

Die vorliegende Broschüre ist die erste Publikation über Leben und Werk dieses bedeutenden Gewerkschafters. Sie enthält neben einer kurzen Darstellung seines Lebens auch eine Sammlung von ausgewählten Reden und Schriften Huebers. Abschließend sei vor allem Maria Rathgeb für die umfangreichen Recherchen und das Lektorat, sowie dem ÖGB-Pressearchiv und dem Verein für Geschichte der Arbeiterbewegung für die kollegiale Zusammenarbeit und Unterstützung gedankt.

Marcus Strohmeier,
Wien im September 2011

NUR DREI KLASSEN VOLKSSCHULE

Anton Hueber wurde am 26. September 1861 als Sohn einer verarmten Arbeiterfamilie im westböhmisches Pilsen geboren. Sein Vater Johann Hueber arbeitete als Hilfsarbeiter in einer Zündholzfabrik, Mutter Antonia musste sich zuhause um die drei Geschwister Antons kümmern. Als Anton zwei Jahre alt war, starb der Vater überraschend im 38. Lebensjahr. Dieser Verlust stürzte die ohnehin sozial benachteiligte Familie nun völlig in die Armut. Um das Überleben der Kinder zu sichern, beschloss die Mutter mit der Familie nach Wien zu ziehen. Dort fand sie schlecht bezahlte Arbeit als Heimgewinderin. Das verdiente Geld reichte kaum für die Lebensmittel und so erschien eine Erbschaft einer entfernten Verwandten im mährischen Brünn als wundersame Fügung des Schicksals. Mit den letzten Ersparnissen übersiedelte die Familie nun nach Brünn, um das Erbe anzutreten. Die Enttäuschung war allerdings grenzenlos, als sich herausstellte, dass die Tante so wenig Geld hinterlassen hatte, dass nicht einmal die Rückreise nach Wien finanzierbar war. Auch die Weltgeschichte holte die kleine desillusionierte Familie ein. Durch die Niederlagen der k.u.k. Armee in Königgrätz wurde Brünn 1866 von preußischen Truppen besetzt. Huebers Mutter ließ sich davon nicht irritieren und fand Arbeit als Köchin im preußischen Militärkrankenhaus. Sohn Anton konnte während dieser Zeit die Volksschule besuchen und

zeichnete sich dort durch gute Noten aus. Kurz nach dem Abzug der Preußen musste sich die Mutter neue Arbeit suchen und erkrankte schwer. Um das Überleben der Familie zu sichern, war Anton Hueber nun gezwungen, Geld zu verdienen. Nach nur drei Schuljahren brach er seine Ausbildung ab und fing mit elf Jahren an, sich als Hilfsarbeiter durchs Leben zu schlagen. Neben dem Bemalen von Kinderspielzeugen und der Reparatur von Dächern, verdiente er seinen kargen Lohn vor allem als Reinigungskraft seines Hausbesitzers. Zusätzlich musste er sich um die Pflege der Mutter kümmern, die nach vielen Monaten Krankheit schließlich wieder zu Kräften kam. Nach der vollständigen Genesung übersiedelte die ganze Familie zurück nach Wien. Dort konnte Anton mit vierzehn Jahren in Wien-Margareten eine Lehre als Drechsler beginnen. Die Lehrjahre waren für Hueber keine einfache Zeit. Oft wurden die Lehrlinge vom Meister wie auch von den Altgesellen geschlagen. Die Jugendlichen hatten kaum Freizeit, denn der Tischlereibesitzer zwang sie, auch an Sonntagen für ihn zu arbeiten. In dieser Zeit der völligen Unterdrückung der arbeitenden Menschen, dürfte Anton erstmals mit der Literatur des Sozialismus und des Anarchismus in Berührung gekommen sein. Vor allem die Werke des in Deutschland geborenen, aber auch in Österreich aktiven Anarchisten Johann Most, hatten es ihm angetan. Über diese Phase

seiner Jugend berichtete Hueber selbst:
„An die jungen Genossinnen und Genossen, die Gelegenheit haben, Schulen zu besuchen und zu lernen, appelliere ich: Bildet euren Geist, damit ihr eure Aufgabe erfüllen könnt! Ich habe das nicht gehabt. Ich habe in meiner Jugend nichts anderes als die Mostschen rotgeränderten Flugschriften gehabt, die in Bambusrohren aus London herübergekommen sind. Das war meine ganze Lektüre. Ich habe nichts anderes als Zehnkreuzer-Broschüren von Lassalle, Liebknecht usw. gelesen. Ich habe keine Schulen mitgemacht. Selbstgebildet, mußte ich am Tage an der Drehbank stehen, und habe dann bis 12 und 1 Uhr nachts mit Heißhunger die Flugschriften und Broschüren verschlungen, um meinen Geist zu bilden.“¹

RADIKAL UND GRUNDSATZTREU

Die Faszination für den Anarchismus ließ ihn während seiner Jugend nicht mehr los. Kritiker unterstellten Hueber unter anderem, dass er sich in dieser Zeit auch als Bombenbauer versucht hätte. Nach Abschluss seiner Gesellenprüfung musste Hueber zunächst drei Jahre Wehrdienst ableisten und konnte erst 1885 eine fixe Stelle als Drechsler aufnehmen. Dort begann er, zunächst zögerlich, sich mit der noch jungen Gewerkschaftsbewegung auseinanderzusetzen. Seit 1870 erlaubte die autoritäre



Unter Österreichs Arbeiterschaft fanden besonders die Hefte des Anarchisten Johann Most weite Verbreitung (Bibliothek der Arbeiterkammer Wien)

Monarchie die Bildung von gewerkschaftlichen Organisationen. Die sich nun legal organisierende Arbeiterbewegung war in dieser Zeit innerlich noch stark zerstritten. Erst Victor Adler gelang es, die zumeist sozi-



Huebers Einfluss auf die Zeitschrift der Drechsler zeigt sich teilweise auch in der Offenheit gegenüber radikaleren politischen Strömungen innerhalb der Arbeiterbewegung (ÖGB-Pressearchiv)

1 Bund der Freien Gewerkschaften Österreichs: Protokoll der Verhandlungen des 11. Österreichischen Gewerkschaftskongresses. Wien, 1931. S. 182



Aufruf zum 1. Mai 1893 in dem von Hueber herausgegebenen „Fachblatt der Drechsler“ (ÖGB Pressearchiv)

aldemokratischen Organisationen zusammenzuführen. Die Gründung der geeinten Sozialdemokratischen Partei erfolgte Ende des Jahres 1888. Im darauf folgenden Jahr heiratete Anton Hueber seine Frau Josefa Kordon, mit der er vier Kinder hatte.

Als bereits aktiver Gewerkschafter wurde Hueber 1890 auf den ersten österreichisch-ungarischen Drechslerkongress delegiert. Dort fiel er erstmalig durch die Forderung nach Verbesserungen im verbandseigenen Gewerkschaftsorgan auf. Zwar wurde sein Antrag nicht beschlossen, aber er wurde dennoch zum Schriftführer der neuen Organisation gewählt. Sein erhöhtes Engagement ließ ihn rasch zu einem der bekanntesten Gewerkschaftsführer aufsteigen. Bereits 1892 wurde er zum Vorsitzenden des Vereins der Drechslergesellen Wiens und ein Jahr danach auch zum Obmann der Krankenkasse bestellt. Durch diese neue Position gestärkt, bemühte er sich am 1. Kongress der Holzarbeiter im Dezember

1892 um die verstärkte Einheit der Bewegung. Besonders der Drechslerstreik von 1891 hatte die Schwächen der meist isoliert agierenden kleinen Organisationseinheiten gezeigt. Aufgrund der begrenzten finanziellen Mittel im Streikfonds, konnte nur ein Darlehen den Sieg der Drechsler gewährleisten.



Bereits die frühe Arbeiterbewegung stellte die Forderungen nach dem allgemeinen Wahlrecht und dem Achtstundentag in den Mittelpunkt ihres politischen Kampfes. 1. Maifestschrift von 1894 (Verein für Geschichte der Arbeiterbewegung)

Diese Nachteile wollte Hueber nun mit der organisatorischen Vereinheitlichung aller im Holzbereich tätigen Arbeiter überwinden.² Seine visionären Ideen wurden zunächst durch den Widerstand einiger kleingeistiger Vorsitzenden verschiedener Fachvereine gebremst. Das kämpferische

² Fachblatt der Drechsler, Nr. 2/1892. S. 5

Auftreten für die Einheit der Gewerkschaften kam auch dem sozialdemokratischen Parteiführer Victor Adler zu Ohren, der sich nun für den jungen aufstrebenden Funktionär zu interessieren begann. Adler war es auch, der sich für die Delegation Huebers zum historischen ersten österreichischen Gewerkschaftskongress 1893 einsetzte. Er erkannte den integrativen Ansatz von Hueber und hoffte, mit seiner Unterstützung die noch immer zersplitterte Gewerkschaftsszene, zusammenführen zu können. Die fast 200 Gewerkschaftsvereine beschlossen, aus der bisherigen provisorischen Gewerkschaftskommission eine ständige Einrichtung zu machen. Zum Sekretär der Kommission wurde Eduard Kleeodorfer gewählt, Hueber wurde neben der Wahl zum Schriftführer auch in die Kontrolle des neuen Einheitsorgans bestellt.

Huebers Forderung zur Abhaltung eines Generalstreiks für das allgemeine und direkte Wahlrecht, sowie zur Einführung des Achtsturentages, wurden allerdings nicht angenommen. Die Stimmung unter den Delegierten tendierte gegen eine riskante Machtprobe mit der Regierung. Hueber versuchte in einer Rede, Stimmung für sein Anliegen zu machen:

„Bis jetzt wurde nur immer von Generalstreik gesprochen und mit ihm gedroht, gehandelt noch nicht. In den letzten drei Monaten überhaupt nicht mehr davon gesprochen, sondern furchtsam zurückgezogen. [...]



Mitglieder der Gewerkschaftskommission, 1894
(Foto: ÖGB Pressearchiv)

Ich wünsche nicht, daß die Forderung nach dem allgemeinen Wahlrecht geringer eingeschätzt werde als der Achtsturentag.“³

Bereits ein Jahr darauf, als Hueber als Gewerkschaftsvertreter zum Parteitag der Sozialdemokratie delegiert wurde, zeigte sich seine konsequente Haltung in Form eines Antrages. Wie schon am Gewerkschaftskongress forderte er die Möglichkeit zur Abhaltung eines Generalstreiks zur Einführung des allgemeinen Wahlrechts sowie des Achtsturentages. Adler kritisierte die Forderung Huebers polemisch als „Generalunsinn“ und es kam am Parteitag zur offenen Konfrontation und einer Kampfabstimmung, welche die Gewerkschafter allerdings verloren. Nach dieser ersten großen Niederlage gab sich Hueber trotzig und forderte in einer weiteren Rede

³ Protokoll des 1.Österreichischen Gewerkschaftskongress. Wien, 1901. S. 90f

die Delegierten auf, bei der Neuwahl zum Parteivorstand nur jene Genossen zu wählen „wo wirklich die Parteivertretung das ist, was sie bis heute in Österreich nicht war, eine Parteivertretung der Einigkeit“.⁴ Victor Adler nahm auch diesen Angriff auf seine Person sehr gelassen und konnte sich, dank seiner Autorität, problemlos durchsetzen.

AN DER SPITZE DER GEWERKSCHAFTSBEWEGUNG

Und wieder war es Adler, der Hueber von Seiten der Partei unterstützte, als er am 3. Jänner 1895 zum Sekretär der Gewerkschaftskommission ernannt wurde. Sein Vorgänger Kleedorfer wurde überraschend von seiner Position abberufen, Gerüchten zufolge hatte er Geld aus der Gewerkschaftskassa zweckentfremdet. Überlegt und eindrucksvoll begann Hueber seine neue Herausforderung zu meistern. Die aus über 800 Vereinen und Gewerkschaften bestehende Kommission verfügte über nicht einmal hunderttausend Mitglieder. Nur wenige Jahre danach, 1907 sollten es, dank der rastlosen Tätigkeit Huebers, bereits über eine halbe Million sein. Auch wenn die Zusammenarbeit zwischen Victor Adler und Anton Hueber nicht immer reibungslos verlief, so hatte sich Adler in seiner positiven Einschätzung der Arbeit des Gewerkschafters nicht geirrt. Nur mit Här-



Victor Adler (1852-1918)

Der studierte Arzt kümmerte sich vor allem um die verarmte Bevölkerung und bekam dadurch Zugang zur Arbeiterbewegung. 1886 gründete er die Wochenzeitung „Gleichheit“ und bemühte sich vermehrt, zwischen dem radikalen und dem gemäßigten Flügel der österreichischen Arbeiterbewegung zu vermitteln. Nach anfänglichen Misserfolgen gelang es ihm 1888/89 in Hainfeld die österreichische Sozialdemokratie unter seiner Führung zu einen und die Sozialdemokratische Arbeiterpartei (SDAP) zu gründen. Gemeinsam mit Anton Hueber, der sich um den Aufbau einer einheitlichen Gewerkschaftsorganisation bemühte, schuf er eine breite sozialdemokratische Massenbasis. Bei den ersten demokratischen Wahlen von 1907 zog Adler an der Spitze von 72 sozialdemokratischen Abgeordneten in den Reichstag ein. Durch seine kritikische Haltung während des Ersten Weltkriegs (ab 1916) konnte er, anders als in Deutschland, die Spaltung der Sozialdemokratie verhindern. Am Totenbett erfuhr er von der bevorstehenden Ausrufung der Republik. Einen Tag vor der Realisierung seines Lebensraumes verstarb er am 11. November 1918.

⁴ Protokoll des vierten österreichischen sozialdemokratischen Parteitag. Wien, 1894. S. 94

te und Durchsetzungsvermögen gelang es Hueber, die Einigkeit der Organisation zu erhalten. Vor allem die Integration der zahlreichen historisch gewachsenen Bildungsvereine, die Existenz verschiedener Gewerkschaften in oftmals nur einem Betrieb, verlangte besonderes Geschick. Sein Ziel war eine stark zentralistische Organisation, die nach Industriegruppen gegliedert sein sollte.

Der Weg zur Einheit war nicht einfach, da die Gewerkschaftskommission auch kaum über finanzielle und personelle Ressourcen verfügte. Zu seiner engsten und treuesten Mitarbeiterin in den Anfangsjahren wurde Anna Boschek. Sie unterstützte die Zentralisierungspolitik Huebers und sorgte dafür, dass auch die weiblichen Gewerkschaftsmitglieder zu Kämpferinnen einer starken Gesamtorganisation wurden. In einem Nachruf beschrieb Boschek Politik und Eigenarten Anton Huebers:

„Die nächsten Bestrebungen galten der Industriegruppenorganisation. Für sie hatte Hueber vorgearbeitet. Bei der Zusammenlegung, Verschmelzung traten manche Schwierigkeiten auf, die oft zu Konflikten unter den einzelnen Organisationen führten. Huebers scharfer Geist, sein praktischer Sinn sowie sein unerschütterlicher Wille, Organisationsnotwendigkeiten durchzuführen, befähigten ihn auch in den schwierigsten Fragen eine befriedigende Lösung zu finden. Er vertrat seine Meinung energisch, oft sogar rücksichtslos,



Anna Boschek (1874-1957)

Die Fabrikarbeiterin war ab 1890 die erste Frau im Parteivorstand der österreichischen Sozialdemokratie. 1891 wurde sie Mitglied der Textilarbeitergewerkschaft, ab 1894 Mitarbeiterin in der österreichischen Gewerkschaftskommission und mit dem Eintritt von Hueber seine engste Mitarbeiterin beim Aufbau der modernen einheitlichen Gewerkschaftsorganisation. Im Bund der Freien Gewerkschaften wurde sie zur Vorsitzenden der Frauensektion. Parteipolitisch war sie zunächst im Wiener Gemeinderat (1918-1920) und anschließend Abgeordnete zum Nationalrat. Nach der Machtergreifung der Austrofaschisten 1934 wurde sie verhaftet und verbrachte mehrere Wochen im Gefängnis. Danach stand sie unter permanenter behördlicher Aufsicht. Aufgrund ihrer angegriffenen Gesundheit übernahm sie nach der Befreiung Österreichs 1945 kein politisches Amt mehr.

aber jedermann wusste, daß es ehrlich gemeint ist. Man hatte kein Mißtrauen und keinen Groll gegen ihn, wenn er auch gegen eine Organisation entschied.“⁵

Hueber war sich der neuen Organisationsstärke bewusst und scheute auch nicht die direkte Herausforderung mit den Kapitalisten. Er selbst stand 1899 beim großen, zwei Monate andauernden Streik der Brüner Textilarbeiter an der Spitze der protestierenden Proletarier. 1901 endete der von ihm angeführte Streik der böhmischen Bergarbeiter mit einem Sieg und der Einführung des Achtstundentages im Bergbau. Diese Erfolge führten schließlich zum Verstummen vieler Kritiker von Gewerkschaften und Sozialdemokratie. Das Aufbauwerk Huebers hatte sich bewährt.

KAMPF UM DIE EINHEIT DER BEWEGUNG

Getrübt wurde der Siegeszug der österreichischen Gewerkschaftsbewegung allerdings durch den immer stärker werdenden Nationalismus im Vielvölkerstaat Österreich-Ungarn. Die tschechischen Arbeiterinnen und Arbeiter forderten die Errichtung einer eigenen Gewerkschaftskommission für Böhmen und Mähren mit Sitz in Prag. Hueber nahm diese Forderung sehr

persönlich und lehnte sie als überzeugter Zentralist und Internationalist ab. Es musste seiner Meinung nach möglich sein, alle Nationalitäten in einem Gewerkschaftsverband zu vereinen. Am Gewerkschaftskongress machten die Tschechen schließlich einen neuerlichen Vorstoß und boten als Lösung des Streites an, neben Hueber einen gleichberechtigten tschechischen Sekretär in der zentralen Gewerkschaftskommission zu installieren. Josef Rouschar begründete diese Forderung für die tschechische Seite: *„Die czechischen Genossen sind mit der gegenwärtigen Einrichtung des Sekretariats nicht einverstanden, und zwar deshalb, weil der deutsche Sekretär gewissermassen allmächtig ist. [...] Sie wollen sich eine derartige Machtvollkommenheit einer Person nicht gefallen lassen [...]“*⁶ Hueber empfand diesen Vorwurf als gezielte Provokation und lehnte den tschechischen Antrag kategorisch ab: *„Zwei Sekretäre sollen also in die Kommission gewählt werden: Bitte doch bei dieser Frage zu bedenken, daß der Eindruck und die Thatsache daß ein deutscher und czechischer Sekretär gewählt werden soll, vom Standpunkt des Prinzips national aufgefasst werden wird. Die ganze Welt wird wissen, daß hier etwas künstlich verschleiert wird. Um gewissen Dingen Rechnung zu tragen, wird sich gewiss ein Modus finden lassen. Wenn man übrigens diesem Wunsche entspricht, dann muß man auch*

⁵ Boschek, Anna: Anton Huebers zehnter Todestag. Der österreichische Arbeiter und Angestellte, Nr. 3/1945

⁶ Protokoll des 2. Österreichischen Gewerkschaftskongresses. Wien, 1897.S. 29

Radnici Splita i cijele Dalmacije.

Jasno i iscrpljivo pismo što ga niže objelodanjujemo, datirano 6 ožujka, bilo je primljeno od Pol. Odb. u Splitu barem 10 dana prije onog kongresa na kojemu su bile žestoko napadnute Centrale koje ne će da daju svoje motivacije protiv Doričića, potječu od Centralne Komisije strukovnih Org. u Beču, što znači, od predstavnictva cijele proletarske organizovane snage u Austriji, a posebno je od jednoga, čije ime spada među najdraže i najčastije u međunarodnom radničkom pokretu.

Ovo pismo samo za sebe mnogo kaže, i ne treba mu komentara: ono konačno pokopava J. Doričića u čijemu i laži »kojom su se služili varajući radnički stališ u njemu i vani, tvrdeći da Bečke Centrale nemaju ništa protiv Doričića.

„Crveni Barjak“ od 13. Aprila u izvješću o kongresu spominje ovo pismo samo time gdje kaže, da Gewerkschaft Kommission saopštava da ne će pristupovati:

BEČ, 6. Ožujka 1913.

Uglavni

Politički Odbor Socijal-Demokratske Stranke

u Splitu.

Štazni drugovi!

Povodjemo vam na svedok, politički svetog posla na kongres Dalmatinske stranke, koji se ina obdržavao dan 22, 23 i 24. ožujka. Željimo pak što se možemo da pokazemo da legat u Beču, jer smo mi naučili, da između Centralne Komisije strukovnih organizacija i organ. u Splitu ne postoji spora.

Otkadost, da mi nijesmo htjeli da priznamo drugu Doričića za potjeritika Centralne Komisije i da nijesmo htjeli se da ga svagdje kao nekoga priznamo, samo na jednako da bude prisustvo spora. Onog godišta, dak je drug Doričić bio naš potjeritika u Splitu ne kaže je, da je neposredno da bude na tom mjestu radi istovrsne strukovnih organizacija, on se je također pokazao kao osoba nezgodnija, jeradi svog neposredstva, svrjak u opreči odredbama i odlikama organizacija, i time je izazvao više puta sporeva u istim organizacijama.

Takovo njegovo ponašanje prišlo ga je lito lakodjer, da se odriče izjavljena u Splitu, a ina toga organizacije u Splitu dale su dokaz da se one svagdje mogu da razvijaju i bez drugu Doričića. Otkadost se je drug Doričić povratio u Split, opetije se javljeno stara pisma. Mi svakako niti imamo vremena a niti smo voljni, da se pravdom a drugom Doričićem u našem namjerama. Kao Centralna Komisija organizacija ne još nijesmo izjavljeno, da mi drugu Doričića nećemo da priznamo svojim potjeritikom.

Dak vam ova pismena izjavila, sastramo da imate sije povrhito delegiranje na strazu Centralne Komisije.

U socijalistički odbor

A. HUEBER v. r.

Ovoliko je istina.

A kako pak mi ne ćemo da nitija odgovornost izbjegnje svjetlu, i hoćemo da svakoga dopane ono što ga ide, tužimo osim Doričića i Gubića cijeli Polit. Odb. koji je organizovao ovaj patvoreni kongres prošlog Ožujka, radi ovoga drugoga najpristijega krivotvorenja istine.

A ostalo u sudu ako to gospodi bude prijalo.

SPLJET, dne 31. Svibnja 1913.

Medjstrukovni Odbor radničkih Organizacija u Splitu.

Predsjednik:

Mario Pinguentini.

Tajnik:

Milan Mandić.

Das Plakat der dalmatinischen Gewerkschaftsorganisationen aus dem Jahr 1913 ist beispielhaft für die Internationalität der österreich-ungarischen Arbeiterbewegung und die alltäglichen Aufgaben Anton Huebers (Verein für Geschichte der Arbeiterbewegung)

**Übersetzung des Plakats der dalmatinischen Gewerkschaftsorganisationen aus dem Jahr 1913
(Übersetzer: Zdravko Spajic)**

An die Arbeiter von Split und ganz Dalmatien.

Wir erhielten mindestens zehn Tage vor dem Kongress einen vom 6.03. datierten Brief an den politischen Ausschuss in Split, in welchem die Zentrale kritisiert, dass nichts gegen Herrn Dorbic unternommen wurde. Der Brief kam von der Gewerkschaftskommission in Wien und wurde von einem der beliebtesten Führer der internationalen Arbeiterbewegung unterschrieben. Dieser Brief spricht für sich selbst und bedarf keines Kommentars.

Die verbreiteten Lügen von Herrn Dorbic werden dadurch entlarvt, der Betrug an der Arbeiterklasse aufgeklärt, seine Behauptungen, dass die Wiener Zentrale nichts gegen ihn hätte sind damit widerlegt. In der „Roten Fahne“ vom 12. April wurde vom Kongress berichtet und dieser Brief dabei erwähnt. In diesem Brief teilt uns die Gewerkschaftskommission mit, dass sie nicht teilnehmen wird.

Wien, 6. März 1913

Sehr geehrter politischer Ausschuss der sozialdemokratischen Partei in Split

Liebe Genossen!

Wir bestätigen und bedanken uns für Eure Einladung zum Kongress der dalmatinischen Partei, welcher von 22. bis 24. März stattfinden wird. Wir bedauern, keinen Delegierten aus Wien schicken zu können, da wir der Meinung sind, dass es zwischen der Gewerkschaftskommission und der Organisation in Split keinen Konflikt gibt.

Die Tatsache, dass wir Herrn Dorbic nicht als Vertrauensmann der Gewerkschaftskommission anerkennen wollten, ist außer Streit. In all den Jahren hat Herr Dorbic, der unser Vertrauensmann in Split war, bewiesen, dass er nicht fähig war seine Arbeit im Interesse der Gewerkschaftskommission

zu erfüllen, sein Temperament machte ihn zu einer unerträglichen Person. Durch das Ignorieren von Beschlüssen provozierte er mehrere Konflikte in unseren Organisationen.

Sein Benehmen zwang ihn zur Aufgabe des Sekretariats in Split, aber die Organisationen in Split lieferten den Beweis, dass sie sich auch ohne Herrn Dorbic positiv weiter entwickeln konnten. Seit Herr Dorbic wieder in Split ist, wiederholt sich die alte Vorgangsweise. Wir haben nicht so viel Zeit und sind auch nicht bereit, mit Herrn Dorbic über unsere Absichten weiter zu diskutieren. Als Gewerkschaftskommission erklären wir nochmals ausdrücklich, dass wir Herrn Dorbic nicht als unseren Vertrauensmann anerkennen.

Im Moment, in dem wir diesen Brief schreiben, glauben wir, dass es nicht notwendig ist, einen Delegierten der Gewerkschaftskommission zu entsenden.

Mit sozialistischem Gruß
A.Hueber e.h.

Das ist die Wahrheit.

Wir wollen, dass niemand aus der Verantwortung entlassen wird und klagen daher außer den Herren Dorbic und Gabric den gesamten politischen Ausschuss, der den Kongress im vergangenen März organisiert hat, an.

Wenn die Herren es nun wünschen sehen wir uns vor Gericht wieder.

Split, 31. Mai 1913

Fachausschuss der Arbeiterorganisationen in Split

Präsident
Mario Pinguentini

Sekretär
Milan Mandic

mit voller Berechtigung einen Beschluß fassen, einen polnischen, slovenischen und italienischen Sekretär anzustellen; es handelt sich nicht darum, in der Gewerkschaftskommission eine Menge Leute verschiedener Nationen zu haben, sondern wenn man sie anstellt, müssen sie in der Provinz angestellt werden, dort wo damit den sprachlichen Bedürfnissen des Proletariats gedient werden kann und eine solche Kraft auch erfordert. [...] Ich meine, das czechische Proletariat ist nicht richtig vertreten, wenn man Anträge stellt, die die Einheit der Gewerkschaftsorganisation zu zerreißen geeignet sind.“⁷

Am Kongress revanchierte sich Victor Adler, als Delegierter der Partei, für die bisherigen Einmischungen Huebers. Er unterstützte den Vorschlag der tschechischen Separatisten und brüskierte damit offen Hueber. Doch Hueber konnte sich durchsetzen, die Delegierten „seines“ Kongresses lehnten mit großer Mehrheit den tschechischen Antrag ab. Die Spaltung wurde dadurch allerdings nicht verhindert, sondern im Gegenteil beschleunigt. Ab 1897 gab es in Prag einen eigenen tschechischen Gewerkschaftsverband. Die Diskussion über den tschechischen Separatismus hielt viele Jahre an. Auch in der Partei wurde stets darüber diskutiert und Hueber griff aus diesem Grund Adler nochmals am sozialdemokratischen Parteitag 1911 persönlich

7 Protokoll des 2. Österreichischen Gewerkschaftskongresses. Wien, 1897.S. 24



Anton Hueber als Sekretär der Gewerkschaftskommission (Foto: ÖGB Pressearchiv)

an: „Wir kennen seine Art seit dreißig Jahren, wie er es macht, um beiden recht zu geben und beiden eine herunterzuhauen. Aber in dieser so wichtigen Stunde geht es nicht um diese Taktik anzuwenden“⁸ Letztlich wurde beiden Konfliktpartnern klar, dass der eine in der Partei und der andere in der Gewerkschaft uneingeschränkt das Sagen hatte. Niemand wusste allerdings, wie eng sich Adler und Hueber in Wirklichkeit waren.

8 Protokoll des Parteitages der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei Österreichs. Wien, 1911. S. 215



Titelblatt des von Anton Hueber herausgegebenen Zentralorgans der österreichischen Gewerkschaftsbewegung (ÖGB-Pressearchiv)

Erst nach dem Tod Victor Adlers verlas Anton Hueber einen Brief, den er von Adler in den achtzehnhundertneunziger Jahren erhalten hatte:

„Die Partei hat in Österreich für die Gewerkschaften soviel getan wie in keinem anderen Lande. Sie hat auch von den Gewerkschaften soviel empfangen wie in keinem anderen Lande. Partei und Gewerkschaften sind bei uns siamesische Zwillinge; das hat seine Unbequemlichkeiten, aber sie zu trennen, wäre

eine lebensgefährliche Operation für beide. Diesen Satz möchte ich testamentarisch festlegen.“⁹

SIEGESZUG DER GEWERKSCHAFTEN

Die Stärke der großteils geeinten Arbeiterbewegung veranlasste im Laufe der Jahre die absolutistische Monarchie zu Zugeständnissen. Dazu zählten das ab 1907 eingeführte allgemeine und geheime Wahlrecht für Männer, sowie einige sehr zaghaft durchgeführte Sozialreformen. Erst mit dem Untergang Österreich-Ungarns nach dem blutigen Ersten Weltkrieg und durch die Errichtung einer demokratischen Republik, konnten die Gewerkschafter eine revolutionäre Sozialgesetzgebung durchsetzen. Damit wurden zum Teil jahrzehntelange Forderungen, wie das Wahlrecht für Frauen, die Umsetzung des Achtstundentages, die Wahl von Betriebsräten sowie die Sicherung der Arbeitslosen in Form von Gesetzen realisiert.

Besonders hatte sich Hueber aber für die Gründung der Arbeiterkammern eingesetzt. Auch hier wurde, gemäß den Wünschen der Gewerkschaften, 1920 ein entsprechendes Gesetz verabschiedet. Hueber sah darin ein wichtiges Instrument zur Umsetzung gewerkschaftspolitischer Ziele, insbesondere im Bereich der wirtschaftlichen Mitbestimmung: *„Die Arbeiterkammern werden mit den Gewerkschaften und den Betriebsräten zusammen einen bedeutsamen*

⁹ Hannak, Jacques: Männer und Taten. Zur Geschichte der österreichischen Arbeiterbewegung. Wien, 1964. S. 55



Gruppe von Gewerkschaftern mit Anna Boschek (3.von links) und Anton Hueber (5.von links), 1920 (Foto: ÖGB Pressearchiv)

demokratisch organisierten wirtschaftlichen Block bilden. Durch die Schaffung der Arbeitskammern sei aber auch die Arbeiterschaft erst zur uneingeschränkten gesellschaftlichen und menschlichen Gleichberechtigung aufgerückt, die durch jahrzehntelange gewerkschaftliche Arbeit vorbereitet wurde.¹⁰

Huebers Mandat als Parlamentarier (1919-1932) verstärkte seine Durchsetzungskraft als Gewerkschafter zusätzlich. Damit bot die Demokratie der Arbeiterbewegung endlich die notwendige Entwicklungsgrundlage. So gelang es der Gewerkschaftskommission in der Ersten Republik über eine Million Mitglieder zu werben. Die erstarkten Gewerkschaften waren bis zum Beginn der Weltwirtschaftskrise von 1929 überaus erfolgreich. Ein Jahr zuvor wurde die Gewerkschaftskommission von

Hueber in den Bund freier Gewerkschaften Österreichs umbenannt. International war der Gewerkschaftsbund nicht nur wegen seiner Mitgliederstärke hoch angesehen, auch das moderne und straffe Organisationsprinzip machten die österreichischen Gewerkschaften zum weltweiten Modell. Diese Internationalität war Hueber sehr wichtig. Er selbst war auf internationaler Ebene sehr aktiv, so war er unter anderen in den Gremien des Internationalen Gewerkschaftsbundes (IGB) wie auch im Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamtes (ILO) aktiv. Der Internationalist Hueber wurde dementsprechend an seinem 70.Geburtstag, der gleichzeitig mit dem Gewerkschaftskongress von 1931 stattfand, durch die Gründung und finanzielle Dotierung einer Anton-Hueber-Stiftung für internationalen Austausch geehrt. Österreichische Gewerkschaftsfunktionäre erhielten damit die Möglichkeit, Erfahrungsaufenthalte bei ausländischen Schwesterorganisationen zu absolvieren, bzw. konnten Fremdsprachenkurse belegen.

Bei einer speziellen Sitzung wurde Anton Hueber im Rahmen desselben Gewerkschaftskongresses auch offiziell und feierlich aus seinem Berufsleben als Gewerkschafter verabschiedet. Die Festreden widerspiegelten die über vierzigjährige erfolgreiche Arbeit des Jubilars für die Einheit und Entwicklung der Gewerkschaftsbewegung. Mit dem pathetischen Satz „*Ich habe nicht umsonst gearbeitet und habe nicht*

10 Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien: <http://wien.arbeiterkammer.at/online/ak-und-oegb-19910.html>



Das „Anton-Hueber-Haus“. Das Schulungs- und Lehrlingsheim wurde 1931 in Purkersdorf zu Ehren Huebers eröffnet (Foto: ÖGB Pressearchiv)

umsonst gelebt“¹¹ bedankte er sich für die Ehrungen und die Unterstützung während vier Jahrzehnten Gewerkschaftsarbeit. Das im selben Jahr errichtete Schulungs- und Lehrlingsheim in Purkersdorf bei Wien erhielt ihm zu Ehren den Namen „Anton-Hueber-Haus“. Bis zum Verkauf des Gebäudes Ende der neunziger Jahre des letzten Jahrhunderts besuchten dort tausende Funktionäre der Gewerkschaftsbewegung, ganz im Sinne Huebers, dem die gewerkschaftliche Bildung stets ein großes Anliegen war, Weiterbildungskurse.

TROTZ NIEDERLAGEN LEBT DIE IDEE WEITER

Nur drei Jahre nach seiner feierlichen Pensionierung, Hueber befand sich bereits in

11 Bund der freien Gewerkschaften Österreichs: Protokoll der Verhandlungen des 11. Österr. Gewerkschaftskongresses. Wien 1931. S. 182

schlechtem Gesundheitszustand, musste er die Vernichtung seines Lebenswerkes durch den Austrofaschismus erleben. Bereits 1929 hatte er vor einem möglichen Staatsstreich der politisch rechten Kräfte gewarnt. Dem politischen Gegner machte



Lehrlinge vor dem „Anton-Hueber-Haus“, ca. 1933 (Foto: ÖGB Pressearchiv)

er damals unmissverständlich klar, dass die Gewerkschaften auf eine Auseinandersetzung vorbereitet waren: *„Denn das will ich klar und ohne große Phrasen mit aller Deutlichkeit sagen: wenn man sie zum Kampf zwingt, dann werden die Gewerkschaften auf dem Platz sein! Und man würde uns zum Kampf zwingen, wenn man die Verfassung der Republik brechen, mit einem Putsch oder Staatsstreich uns eine Verfassung oktroyieren wollte, die im Parlament nicht die Zweidrittelmehrheit gefunden hat. [...] Unsere Gewerkschaften sind wirklich entschlossen, wenn man ihnen durch einen Verfassungsbruch den Kampf aufzwingt: die freien Gewerkschaften sind abwehrbereit!“*¹²



Der bereits pensionierte Hueber im Kreise von Gewerkschaftern, 1933 (Foto: ÖGB Pressearchiv)

Tatsächlich beteiligten sich beim Arbeiteraufstand im Februar 1934 auch hunderte Gewerkschafter, die jedoch der Übermacht aus Polizei, Bundesheer und Heimwehr unterlagen. Mit der blutigen Abschaffung der Demokratie wurde als eine der ersten Regierungsmaßnahmen die Auflösung der freien Gewerkschaften exekutiert. Tausende Funktionäre und Mitglieder aus den Reihen der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften kamen in Gefängnisse und in speziell errichtete Anhaltelager des Ständestaates. Die bis dahin bestehenden Gewerkschaften wurden von der Regierung durch einen undemokratischen Einheitsgewerkschaftsbund ersetzt und die Betriebsräte ersatzlos abgeschafft. Die Funktionäre dieser neuen Gewerkschaftsorganisation wurden, entgegen allen gewerkschaftlichen Traditionen, autoritär durch den Sozialminister bestellt. Hueber selbst wurde

.....
12 Hueber, Anton: Die Gewerkschaften sind abwehrbereit! Arbeiterzeitung, 27. Oktober 1929. Wien, 1929. S.1–2



Im Februar 1934 kämpften Österreichs Arbeiter erfolglos für die demokratische Republik (Foto: ÖGB Pressearchiv)

von seinen ehemaligen Mitstreitern isoliert. Seine Wohnung wurde mehrfach von der Polizei durchsucht, er selbst und seine Familie laufend überwacht. Innerlich gebrochen und verzweifelt, verschlechterte sich sein Gesundheitszustand zusehends. Schließlich starb er am 9. Juli 1935 im Alter von vierundsiebzig Jahren in Wien. Sein Begräbnis wurde, obwohl von den Sicherheitskräften abgeriegelt, zu einer großen Protestversammlung, die mit dem Ruf: „Gebt den Arbeitern das geraubte Werk Huebers zurück“¹³ endete. Direkt am Grab Huebers wurde deshalb der ehemalige nie-

.....
13 (illegale) Arbeiterzeitung v. 21.7.1935



Portrait Anton Huebers aus den 1930er Jahren
(Foto: ÖGB Pressearchiv)

der österreichische Landarbeitersekretär Heinrich Widmayer von der Polizei verhaftet, ein angereicherter tschechischer Gewerkschafter wurde von den Behörden des Landes verwiesen.

In einem Nachruf aus der illegalen Zeitschrift „Die Gewerkschaft“ vom August 1935 heißt es dennoch kämpferisch: *„Aber der Sieg der Reaktion über Huebers Werk wird nur eine vorübergehende Episode sein. Das ist unser Gelöbnis an der Bahre Huebers.“*¹⁴

Und tatsächlich, nach der Niederlage des Austrofaschismus und des Nationalsozialismus, gelang es nach dem Wiedererstehen der Republik nunmehr auch auf politisch

pluralistischer Basis, den Traum Huebers von einem einheitlichen und demokratischen Gewerkschaftsbund erfolgreich umzusetzen. Der erste Präsident des ÖGB, Johann Böhm, unterstrich aus Anlass des zwanzigsten Todestages von Hueber dessen wichtige Rolle: *„Er habe bis zu seinem Tode nie den Glauben daran verloren, dass die österreichische Gewerkschaftsbewegung wieder aufleben werde. Wenn sie heute mächtiger und glanzvoller dastehe wie je zuvor, so sei das auch Huebers Verdienst.“*¹⁵

Die Erinnerung an den großen Gewerkschafter wird bis heute lebendig erhalten. Eine Wohnhausanlage der Gemeinde in



Bundespräsident Theodor Körner enthüllt anlässlich des 3. Gesamtösterreichischen Gewerkschaftstreffens feierlich die Anton-Hueber-Büste, 1953
(Foto: ÖGB Pressearchiv)

14 Die Gewerkschaft. Mitteilungsblatt für Betriebsräte und Vertrauensmänner. Nr. 8-9/1935

15 Gewerkschaftlicher Nachrichtendienst Nr. 604/1955. S. 3



Nach dem Krieg wurde das „Anton-Hueber-Haus“ erweitert und diente den österreichischen Gewerkschaften bis in die 1990er Jahre als Bildungs- und Schulungsheim (Foto: ÖGB Pressearchiv)

Wien-Favoriten (Quellenstraße) trägt den Namen Huebers. Darin befindet sich auch eine Büste, die 1953 anlässlich des 3. Gesamtösterreichischen Gewerkschaftstreffens enthüllt wurde. Die Ehrung wurde von Bundespräsidenten Theodor Körner durchgeführt, der anerkennend über Hueber sagte: *„Wenn wir heute als Zeichen zum Beginn des großen Wiener Gewerkschaftstreffens die Hülle von seinem durch Meisterhand geschaffenen Bildnis fallen lassen, so bedeu-*



Feierliche Gedenkveranstaltung zum 20. Todestag Huebers am Hütteldorfer Friedhof, 1955 (Foto: ÖGB Pressearchiv)

tet das, daß die österreichische Gewerkschafter in diesen Tagen der Freude und der Einigkeit dankbar an jene zurückdenken, die in den Zeiten des Kampfes und der Zersplitterung mutig ihre Fahne vorantrugen. [...] So hat es Anton Hueber, so haben es seine Nachfolger bis zu unserem lieben Freund Johann Böhm gehalten. Nicht nur die arbeitenden Menschen, das ganze Land hat ihnen dafür zu danken, und ich als Bundespräsident benütze gerne den Anlaß, diesem Dank Ausdruck zu verleihen.“¹⁶

Österreichs Gewerkschaften sind gerade Dank der erzielten Einigkeit zum aktiven Mitgestalter der Zweiten Republik geworden. Auf der Grundlage dieser Stärke ist auch ein moderner Sozialstaat entstanden, der das begonnene Werk Huebers würdig fortsetzt und ausbaut.



Büste Anton Huebers (von Mario Petrucci) in der Bibliothek des ÖGB (ÖGB Pressearchiv/T.Reimer)

16 Körner, Theodor: Einigkeit führt zum Erfolg! Solidarität, Nr. 8/1953

AUS DEN REDEN UND WERKEN ANTON HUEBERS

UNSERE FRAUEN

Artikel für das „Fachblatt der Drechsler, Organ für Sozialpolitik und Fachinteressen“, April 1893

Seit geraumer Zeit können wir die Wahrnehmung machen, dass Genossen, welche früher in der Organisation tätig waren, wenn sie das – Glück hatten, unter den heutigen Verhältnissen in den Hafen der Ehe zu segeln, der Organisation ferngeblieben sind.

Wir müssen bedauern, dass die Ursache, warum die Genossen ferne bleiben, bei den Frauen zu suchen ist. Dieselben machen den Genossen Vorwürfe, dass die Organisation Geld kostet, jeder Kreuzer geht der Familie ab, oder sie sagen: Übrigens geht es ohne Dich auch.

Dass unsere Frauen über die Organisationsbestrebungen der Arbeiter falsch unterrichtet sind und diesen Bestrebungen indifferent gegenüber stehen, ist nicht neu. Unsere Aufgabe aber ist es, dieser grundfalschen Meinung aufklärend entgegenzuwirken. Das Weib war früher und ist heute noch in ihrer politischen und sozialen Stellung doppelt gedrückt, und ihr Widerstand ist daher erklärlich. Jedoch meinen wir, dass es hoch an der Zeit ist, dass dieser Un-

gerechtigkeit, Ungleichheit und Unfreiheit, unter welcher das Weib noch mehr wie der Mann leidet, ein Ende zu bereiten.

Wir fragen solche Frauen, ob es dem Arbeiter oder der Arbeiterin so gut geht, dass wir keine Vereinigung, das heißt keine Organisation brauchen? Sind etwa die Löhne so hoch, die Wohnungsmiete so nieder oder die Lebensmittel billig? Ist denn die Blutsteuer so klein oder die Arbeitszeit angemessen kurz? Gebt uns, Ihr Frauen, eine befriedigende Antwort, und wir werden Euch recht geben, dass wir keine Organisation brauchen.

Die heutige Produktionsweise bedingt schon in sich niedere Löhne, lange Arbeitszeit, große Entbehrung, Arbeitslosigkeit und Vernichtung des Volkes. Dieser Zustand zwingt naturgemäß die besitzlosen Klassen zu einer Organisation gegen die herrschenden Klassen, indem letztere mit aller Macht sich einsetzen, um diese Welt – die beste – aufrecht zu erhalten.

Dinge, welche den Existenzkampf so sehr verschärfen, sind die Lebensmittelteuerung, Wohnungsmiete, indirekte Steuern, welche am schwersten die arbeitende Klasse ertragen muss. Der Staat kümmert sich so wenig wie die Unternehmerschaft darum, ob das arbeitende Volk diese Lasten ertragen kann oder nicht. Legt der Staat dem Volke neue Lasten auf, dann ist es einzig und allein das arbeitende Volk, welches sei-

ne Bedürfnisse zur Lebenshaltung verkürzen muss, damit der nimmersatte Schlund Staatshaushalt befriedigt werden kann.

Bei Gestaltung solcher Dinge muss der Arbeiter sein Weib zur Arbeit treiben, ja, er wartet schon mit Sehnsucht, wenn er Kinder hat, um dieselben in die Fabrik schicken zu können, damit sie verdienen helfen, um die notwendigsten Bedürfnisse für die Familie decken zu können. Was ist jedoch der Erfolg dieser arbeitenden zerstörten Familie, wenn gleich Mann, Weib und Kind in der Fabrik stehen, und der Zahltag kommt? Der Verdienst dieser drei wird oft nicht langen, die Schulden, die sich in einer Woche anhäufen, zu decken. Unsere Frauen wissen es besser als wir selbst, wir können aber nicht begreifen, dass sie unter solchen Umständen ihre Männer, unsere Genossen, von der Organisation abhalten.

Die Genossen können wir aber nicht begreifen, dass sie um des Hausfriedens halber ferne bleiben, der ja schließlich gar nicht bestanden hat und bestehen kann. Unsere Frauen mögen doch bedenken, dass die Unsicherheit bezüglich der Arbeitsverhältnisse sowohl bei den Männern als auch bei den Frauen täglich größer wird, dass die Arbeitslosigkeit wie ein Damoklesschwert über den Häuptionern der Familie schwebt. Wehe der Familie, welche davon getroffen wird. Stumme Resignation hilft hier nichts. Es muss mit eiserner Hand eingegriffen werden. Das Schicksal der arbei-

tenden Menschheit liegt in ihrer eigenen Hand, durch die Kraft und Macht der Organisation kann sie jene zurückschlagen, welche das Schicksal der Not und des Elends verursachen.

Alle diese Aufgaben hat nicht nur der Mann, sondern auch das Weib. Die bessere Zukunft hängt nicht von dem Eingreifen der Männer allein, sondern von dem Eingreifen der gesamten Menschheit ab. Den Frauen obliegt die Erziehung unserer Kinder, welche bestimmend für die Zukunft auf deren Gemüt einwirkt. Darum, Ihr Frauen, Ihr seid die kräftigste Stütze des Christentums gewesen und seid es heute noch, weshalb es unseren Gegnern gelang, die Menschheit auf ein besseres Jenseits zu verträsten, um sie hier besser ausbeuten zu können. Zeigt, dass Ihr so weit vorgeschritten seid und eingesehen habt, dass man diese Religion dazu benützte, um das Volk nach Willkür auszunützen. Schließt Euch der Organisation der sozialdemokratischen Partei an und helft mitkämpfen für die Freiheit des arbeitenden Volkes.

Die Einen schaffen sich ein Paradies auf Erden, die Andern, und zwar die große Masse des arbeitenden Volkes muss hungern. Eine solche Nächstenliebe, wie sie heute gepredigt wird, die den krasssten Egoismus fördert, müssen wir bekämpfen im Interesse der Kultur, im Interesse der zivilisatorischen Entwicklung der Menschheit, und zwar mit allen uns zu Gebote stehenden Mitteln. Wir

hoffen, mit diesem Appell an unsere Frauen so manche für die edlen Bestrebungen der Sozialdemokratie gewonnen zu haben. Will doch die Sozialdemokratie das Weib aus der heutigen, ihrem Wesen nach unwürdigen Stellung befreien und auf die Stufe der Gleichberechtigung heben.

Weiters glauben wir, dass die Frauen selbst in die Organisation eintreten werden als Stütze für den im Kampfe stehenden Mann. Sie müssen die Kinder im Sinne der wahren Religion, der Menschenliebe, erziehen, welche den edlen Zweck verfolgt, dass einer in dem Andern einen Bruder, eine Schwester sieht, die sich nicht bekämpfen, sondern lieben und achten sollen. Weder Sprache, noch Konfession, noch Geschlecht darf zurückgesetzt oder bekämpft werden, sondern alle müssen vereint leben als ein Volk von Brüdern und Schwestern, welche arbeiten wollen, um dabei als Menschen leben zu können zum Nutzen der Gesamtheit.

Sind die Frauen einmal auf unserer Seite, dann bricht sich die sozialistische Idee Bahn, welche keine Macht im Stande ist, je mehr aus den Köpfen der Menschen zu vertreiben. Frei sein ist unser Bestreben, brüderlich wollen wir leben und gleich als Menschen gelten. Das ist der Endzweck der Organisation.

AUFRUF ZUM GENERALSTREIK

Redebeitrag auf dem I. Österreichischen Gewerkschaftskongress, Dezember 1893

Im Namen der Gewerkschaft der Holzdrechsler Wiens kann ich mich mit dem Entwürfe der provisorischen Gewerkschaftskommission einverstanden erklären. Die von den Reichenberger Genossen gestellten Anträge sind nichts Anderes als eine Abart des amerikanischen Bundes der „Ritter der Arbeit“. Eine solche Zentralisation verträgt die österreichische Arbeiterschaft noch für lange, sehr lange nicht, weil diese Anträge einen zusammengewürfelten Organisationsgedanken in sich tragen, der sehr geeignet ist, statt Klarheit über die zukünftige Organisationsform zu schaffen, nur heillose Verwirrung in den Köpfen der Arbeiter hervorzurufen.

Solche Sprünge zu machen erscheint mir zu gewagt. Dagegen ist der Entwurf der Kommission den derzeitigen realen Verhältnissen angepasst und gewährt uns wenigstens die Sicherheit, die Organisation nach vorwärts ausbauen zu können.

Die Industriegruppenverbände werden alle verwandten Berufsorganisationen umfassen, allerdings in verschiedenen Formen, wie zum Beispiel Landesvereine, Lokalvereine, und es kann noch so weit kommen, dass solche Verbände auch Ortsgruppen im Reiche gründen werden, um organisch zu den Unionen oder Reichszentralverbänden, wie sie in Deutschland genannt werden, zu gelangen, hoffentlich wird man mit der Zusammenfassung der verwandten Berufsorganisationen zu Verbänden nicht

willkürlich vorgehen. Denn wir Drechsler gedenken derzeit nicht daran, unsere Organisationsform wesentlich zu ändern und hoffen, dass die Ein- und Ausschachtelung in den Industriegruppenorganisationen, wie Genosse Höger sie ausgeführt hatte, nach den Bedürfnissen und der praktischen Notwendigkeit mit Hilfe der Kommission durchgeführt werden wird. Wir fürchten uns deshalb vor dem Zentralismus, insbesondere wie er in dem Entwurf der Gewerkschaftskommission gedacht ist, nicht, der ja wirklich mit peinlichster Sorgfalt die Autonomie jeder Berufsorganisation bewahrt.

Dass wir in Österreich eine Zentralstelle, wie in Deutschland es die Generalkommission ist, brauchen, beweist ja schon der heutige Kongress. Die Mittel, die wir ihr zu gewähren haben, werden bestimmt gute Früchte für die Gesamtorganisation tragen. Ich meine, das viele Hin- und Herreden hat keinen Zweck mehr, besser wäre es, wenn wir zur Abstimmung schreiten würden, um zu dem nächsten Punkt, „Streik und Boykott“, zu gelangen. Gewiss, Genossen! Darüber werde ich auch reden, wenn es auch so Manchen von Ihnen unangenehm ist.

Werte Genossen! Ich habe mich zu dem Antrage, der seitens der Drechsler gestellt wurde, zum Worte gemeldet. Ich glaube, Genossen, nach dem bisherigen Verlaufe der Verhandlungen des Kongresses werden Sie zur Überzeugung gekommen sein, dass

wir nach der Natur der österreichischen Verhältnisse gezwungen sind, anders zu handeln, als wir bisher zu handeln gewohnt waren. Ich habe Material geschöpft aus den Situationsberichten, die abgegeben wurden, und daraus entnommen, dass eine große Unzufriedenheit herrscht, wie sie seit verschiedenen Kongressen nicht zu Tage getreten ist. Die wirtschaftliche Frage ist in erster Linie besprochen worden. Der Generalstreik! Seit wann hat er je so intensiv in den Massen Wurzel gefasst? Der Kampf in Belgien, aus dem unsere Genossen siegreich hervorgingen, hat dies hervorgerufen. Die Genossen, die im Prater gesprochen und gesagt haben, man müsse die Bourgeoisie zwingen gewisse Rechte zu geben, zeigten uns den Weg, den wir zu gehen haben. Bevor die Genossen gesprochen, war die Masse der österreichischen Arbeiter davon beseelt und warteten auf die Kampfparole. Jeder Ehrliche musste sich sagen, es muss etwas geschehen. Betrachten Sie nicht nur die Wiener Genossen und die niederösterreichischen Verhältnisse, sondern den Kampf in Böhmen, wo der Ausnahmezustand herrscht, nicht nur gegen die Jungtschechen, sondern auch gegen uns. Wir können diesen Druck nicht mehr ertragen. Ich werde nicht mit der radikalen Phrase kommen, dass der Generalstreik unter allen Umständen durchgeführt werden muss. Ich lebe gerade unter Genossen, denen es sehr schlecht geht. Ich weiß genau, wie schwierig dieser Schritt ist. Sie werden wohl Einwendungen machen,

überzeugen werden Sie mich jedoch niemals, jetzt zurückweichen zu müssen, weil wir die Kraft nicht mehr besitzen, beide Forderungen, allgemeines Wahlrecht und den Achtstundentag, zu erringen. In öffentlichen Versammlungen hat man den koalitierten Parteien gedroht, wird man uns Dies und Jenes nicht geben, so werden wir belgisch sprechen. Wie hat man aber dann, als das Ministerium Taaffe ging, belgisch gesprochen? War das belgisch, dass man drei Monate nichts mehr vom Generalstreik gesprochen? Man hat sich furchtsam zurückgezogen, und das durften die Wiener Genossen nicht dulden. Nicht heute, nicht morgen, noch sonst einen bestimmten Zeitpunkt verlangen wir, sondern wollen, dass für den Generalstreik agitiert und fest vorgearbeitet wird, um für den gegebenen Zeitpunkt gerüstet zu sein. Wir haben nichts Anderes verlangt, als dass die ganze Partei in Österreich konsequent und ernst bleibe, und ernst soll es ihr mit der Durchführung des Generalstreiks sein. Es werden viele sagen, wir wollen einen Generalstreik nur für wirtschaftliche Forderungen machen, nicht für das allgemeine Wahlrecht. Der Generalstreik ist uns eine wichtige Sache, und ich bin der Meinung, dass die Zeit für Österreich noch nicht gekommen ist, um nur für das allgemeine Wahlrecht in den Generalstreik treten zu können. Ich wünsche nicht, dass die Forderung nach dem allgemeinen Wahlrecht geringer eingeschätzt werde als der Achtstundentag.

PARTEI UND GEWERKSCHAFTEN IN ÖSTERREICH

Artikel für die sozialdemokratische Monatschrift „Der Kampf“, Oktober 1907

Auf dem internationalen Sozialistenkongress in Stuttgart konnten wir die erfreuliche Erscheinung beobachten, dass unsere Delegierten als willkommene Vermittler in schwierigen Fragen der Partei und Gewerkschaften angesehen und verwendet wurden. Unsere Genossen erwarben sich das Vertrauen schon dadurch, dass sie nicht als einseitige Politiker oder Gewerkschafter in Stuttgart auftreten konnten, sondern, der einheitlichen Entwicklung der Arbeiterbewegung ihres Heimatlandes entsprechend, bestrebt sein mussten, in strittigen Fragen, ob sie nun politischer oder gewerkschaftlicher Natur waren, ausgleichend zu wirken; dass es ihnen in vielen Fällen gelungen ist, Gegensätze auszugleichen, macht uns Freude und erbringt uns abermals den Beweis, welch gutes Stück Arbeit wir in Österreich ohne Unterschied der Nation geleistet haben. Dass dem so bei uns werden konnte, hat seine Gründe, die in der „alten“ aber für uns nicht besonders guten Zeit des Werdeganges der Partei zu suchen sind.

Der so wichtige und erfreuliche Zusammenhang zwischen Partei und Gewerkschaften ist ursprünglich aus der Vereinigung der „Radikalen“ mit den „Gemäßigten“ im Jahre 1888/89 in Hainfeld hervorgegangen.

Die Sturm- und Drangperiode, die die österreichische Arbeiterschaft in den Achtzigerjahren durchmachen und durchkosten musste, lehrte die Vertrauensmänner der Partei- und Gewerkschaftsbewegung, dass, sofern Fortschritte für beide erzielt werden sollten, ein einheitliches, zielbewusstes Nebeneinanderarbeiten notwendig ist, um aus den vorhandenen Trümmern der politischen und gewerkschaftlichen Organisationen feste Grundlagen für den weiteren Ausbau zu schaffen. Sehr wesentlich wurde das harmonische Verhältnis zwischen Partei und Gewerkschaft ferner durch den Umstand gefördert, dass in dem Zeitraum von 1889 bis 1897 beide Organisationsformen gleichen Schritt einhalten konnten, dass beide jeden Zoll des Bodens für ihr Dasein erst schwer erkämpfen mussten.

Keine der beiden Organisationen war der anderen vorausgeeilt, was für ihr Verhältnis zueinander von bestimmender Bedeutung wurde. Ein dritter und noch wichtiger Umstand, der ursprünglich auf den Werdegang der Partei- und Gewerkschaftsorganisation bestimmt einwirkte, war die Durchführung der ersten Maifeier im Jahre 1890. Bei der Organisation dieser gewaltigen Demonstration suchte man nach geeigneten Organisationsmitteln, die gefunden werden musste, um der Reaktion in Österreich eine schwere Niederlage zu bereiten, um den herrschenden Gewalten zu beweisen, dass die brutalste Vergewaltigung des Proletariats kein brauchbares Instrument mehr ist,

die moderne Bewegung der Arbeiterklasse auf die Dauer zu unterdrücken. Die Not macht erfinderisch. Wir fanden das geeignete Mittel, um die gewaltigste Demonstration des erwachten Proletariats gerade in Wien, das einem Heerlager gleichsah, in der notwendigen und gewünschten Größe und Stärke durchzuführen, um die Entscheidungsschlacht für die weitere Entwicklung der Partei- und Gewerkschaftsorganisation für das Reich siegreich schlagen zu können. Diese Aufgabe wurde glänzend gelöst, weil wir imstande waren, dieser Massenkundgebung die organisatorische Grundlage zu geben. Die so verpönten Zwangsgenossenschaften dienten uns als Behelf dazu. Die Zwangsgenossenschaften waren der Boden, aus dem wir Mittel, Stoff und Kraft in Hülle und Fülle schöpfen konnten, der Partei und den Gewerkschaften aufzuhelfen, ihnen die Bahn weiteren Fortschrittes zu ebnen, die Gehilfenausschüsse wurden durchwegs und gleich im Anfange mit erprobten Genossen besetzt, die sich gern der Parteiarbeit widmeten. Diese Gehilfenausschüsse gingen von dem Grundsatz aus, in Wien, der Metropole des Reiches, finanziell gut fundierte „freie Organisationen“ der Berufsgenossen zu schaffen, um dann später für die Weiterentwicklung der gewerkschaftlichen Organisation in der Provinz und für die Schaffung kräftiger Zentralstellen in Wien vorzusorgen. Denn nur ein starkes Wien vermochte der Entwicklung der Partei- und Gewerkschaftsorganisation im Reiche den nötigen Rückhalt zu bieten.

Die „freie Organisation“ der „Genossenschaftsangehörigen“ war und bleibt für alle Zeiten der Grundstein, auf dem wir so erfolgreich weiterbauen konnten. Die Dispositionsfonds dieser Organisation hatten für die damaligen Verhältnisse gar respektable Höhen erreicht. Mit diesen Mitteln konnte man der Partei helfen, die wirtschaftlichen Kämpfe der Arbeiter nicht nur in Wien, sondern auch in den Provinzen wirksam zu unterstützen. Der Ausnahmezustand ließ uns eben keine andere Wahl, als uns der Zwangsgenossenschaften zu bedienen. Und dass wir es taten, haben wir wahrlich nicht zu bereuen, ebenso wenig wie die Christlichsozialen, die sich in den Zwangsgenossenschaften der Meister die Grundlage ihrer heutigen Machtposten erobert haben. Hier setzte also frühzeitig der Hebel der gemeinsamen Arbeit innerhalb der Partei und der Berufsorganisationen kräftig ein und ließ nicht mehr locker.

Die Sympathie oder Antipathie einzelner, wenn auch führender Genossen für die eine oder andere Organisationsform war nicht entscheidend. Die Verkettung aller Umstände, die uns damals im harten Ringen nach Vorwärts festhielt, gab der Launenhaftigkeit einzelner Genossen keinen Raum zu extemporieren.

Die Not der Zeit zwang uns, alle Kräfte und Mittel zielbewusst zu verwenden, damit uns das schwere Werk, die engen Fesseln, die uns die Herrschenden angelegt, so

schnell als möglich zu sprengen, auch gelingen möge, damit wir freie Bahn für die Partei und die Gewerkschaftsbewegung zugleich erkämpfen. Die Partei arbeitete innerhalb der Zwangsgenossenschaften fleißig mit, der gewerkschaftlichen Organisation jene Grundlage zu verschaffen, deren sie bei der Aufhebung des Ausnahmezustandes für die weitere Entwicklung bedurfte. Sie unterstützte uns bei der Veranstaltung und Abhaltung der Fachkongresse im Jahre 1890, die in Wien und Brünn abgehalten wurden. Sie sorgte dafür, dass im Jahre 1891 auf dem Parteitage im Hotel Union die gewerkschaftliche Organisation einer gründlichen Beratung unterzogen wurde. Wenn auch die damals noch begreifliche allzu große Besorgnis im Schlusssatze der Resolution zum Ausdruck kam: „die gewerkschaftliche Organisation dürfe im Entwicklungsgange der Partei kein Hindernis werden“, so finden wir diese Besorgnis doch in jener Zeit durchaus verständlich, wenn sie auch heute längst als überflüssig betrachtet werden kann. Die Gewerkschaftsorganisation konnte sich mit Hilfe der Partei kräftig entwickeln. Im Jahre 1892 hatten wir schon 10 Zentralvereine, 240 Landes- und Lokalvereine mit 474 Ortsgruppen, die 44.390 männliche und 2216 weibliche, zusammen 46.606 zahlende Mitglieder in sich vereinigten.

Neben diesen Organisationen bestanden allerdings noch 600 Arbeiterbildungsvereine mit etwa 24.000 Mitgliedern, deren

Umwandlung in Gewerkschaftsortgruppen von den Gewerkschaften gefordert wurde. Die Partei, die auch in diesen Organisationen ihre Stütze fand, konnte sich nicht leicht entschließen, die geforderte Auflösung der Bildungsvereine ohne Weiteres zu fördern, weshalb eine bemerkbare Verstimmung zwischen Partei und Gewerkschaften eintrat, über die nicht viel geschrieben, aber an den geeigneten Orten hart gekämpft wurde. Der Gewerkschaftskongress im Jahre 1893 brachte diese Verstimmung in nicht misszuverstehender Weise zum Ausdruck. Die Meinungen, die auf diesem Kongress ausgesprochen wurden, gingen einerseits von dem Standpunkte aus, dass das Verhältnis der Gewerkschaften zur Partei so zu verstehen sei, dass man erst dafür zu sorgen habe, dass dem Arbeiter vorerst „ein Gulden mehr Lohn“ in der Woche zu erkämpfen ist, dann komme lange, sehr lange nichts und dann erst der Kampf um das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht.

Die zweite Richtung des Kongresses wünschte wieder die gleichzeitige Erringung des Achtstundentages und des allgemeinen Wahlrechtes mittels des damaligen von der Parteivertretung ursprünglich propagierten Generalstreiks.

Die dritte und entscheidende Richtung auf dem Kongress drängte dahin, nach Übergehung der reinen Berufsorganisationen die Industriegruppenorganisation als die

geeignetste Form der gewerkschaftlichen Organisation zu erreichen. Die letztere Richtung blieb Siegerin, die Industriegruppenorganisation als Verbandorganisation wurde „zum Beschlusse erhoben“, „Naturgewerkschafter“ und „Generalstreiker“ kamen mit Annahme des von der provisorischen Gewerkschaftskommission vorgelegten Programmwurfes nicht auf ihre Kosten. Die Intensität der gewerkschaftlichen Arbeit nahm nun in allen Kronländern zu, der Kampf mit den Bildungsvereinen entbrannte insbesondere in Nordböhmen heftig. Der kräftige Pulsschlag der aufstrebenden Gewerkschaften verursachte manchem sehr guten Genossen Kopfschmerzen; sie befürchteten, dass durch die Beseitigung der Bildungsvereine die politische Organisation eines schönen Tages in der Luft hängen könnte und jedes Rückhaltes verlustig und in Gefahr geraten könnte, der Gewerkschaftsorganisation auf Gnade und Ungnade ausgeliefert zu sein. Deshalb nahmen sie gegen die Gewerkschaften Stellung und schützten die Bildungsvereine als den Hort wahren politischen Lebens. Streitigkeiten, in Wien wie in der Provinz, waren die Folge. Doch sie nahmen niemals den Umfang und die Schroffheit an, die eine Spaltung hätten befürchten lassen. Man setzte die guten Leutchen außer Kurs und arbeitete ruhig mit zäher Ausdauer weiter.

Die Anschauungen über den Wert der gewerkschaftlichen Organisation für die Ar-

beierschaft änderten sich bei den noch grollenden Parteigenossen sehr bald, als sich große Lohnkämpfe einstellten, die siegreich beendet werden mussten. Harmonisches Zusammenwirken stellte sich hierdurch bald von selbst ein, ohne dass wir es nötig gehabt hätten, darüber große Abhandlungen akademisch gebildeter Parteiliteraten oder solcher der „schwierigen Faust“ in der Parteipresse lesen zu müssen. Hoffentlich wird man in der Zukunft dieser bewährten Taktik treu bleiben, trotzdem vielen Genossen durch die Schaffung dieser Zeitschrift verführerisch die Möglichkeit winkt, so nach Herzenslust mal gehörig losgehen zu können.

Dieselben Schwierigkeiten, die wir im Ausland beobachten, blieben auch uns nicht erspart, aber sie wurden in echt österreichischer gemüthlicher Art verhältnismäßig leicht überwunden, ohne zu jenen Weiterungen zu führen, wie wir sie in Frankreich, Belgien, England, Holland, und Amerika vorfinden. In Österreich wurden wir dazu erzogen, uns mit den Dingen, die einmal da sind, schlecht und recht, wie es eben geht, abzufinden. Die einst grollenden Genossen haben längst ihren Widerstand aufgegeben und damit der gemeinsamen Sache einen großen Dienst erwiesen. Beide Organisationen haben ihr abgegrenztes Arbeitsfeld zu bearbeiten. Wie erfolgreich sich die notwendige Arbeitsteilung innerhalb der Gesamtbewegung bewährte, wird durch die großen Errungenschaften der politi-

schen Kämpfe in Österreich anschaulich bewiesen. Jede Störung des in zahllosen Kämpfen bewährten einträchtigen Zusammenwirkens der Partei und Gewerkschaften wäre ein Verbrechen an den Interessen des kampfgeübten, opfermutigen und ausdauernden Proletariats Österreichs. Von den Gewerkschaftern Österreichs ist nichts zu befürchten: sie wissen zu genau, wie weit die Machtsphäre der gewerkschaftlichen Organisation reicht, sie haben kein Bedürfnis, das Verhältnis zur Partei zu ändern. Wir hoffen aber auch, dass auch die Literaten und Theoretiker der Partei nicht in die inneren Angelegenheiten der gewerkschaftlichen Organisation „hineinphilosophieren“ und, dass sie die Grundsätze der Resolution, die auf dem Stuttgarter Sozialistenkongress einmütig angenommen wurde, als ihr eigenes Bekenntnis auch in Zukunft praktisch betätigen werden.

AN DIE GEWERKSCHAFTLICHEN VERTRAUENSMÄNNER IN ÖSTERREICH!

Artikel aus der Zeitschrift der Gewerkschaftskommission „Die Gewerkschaft“, August 1914

Der Kriegszustand, in welchem sich Österreich-Ungarn gegenwärtig befindet und die in dessen Gefolge in Österreich erfolgte Verhängung des Ausnahmezustandes hat auch für die Gewerkschaften eine überaus ernste Situation geschaffen. Eine Reihe sehr wichtiger gesetzlicher Bestimmungen, auf denen die Tätigkeit unserer Organisati-

onen beruht, ist suspendiert und durch die freien, durch keine gesetzlichen Schranken behinderten Verfügungen der Behörden ersetzt. Die Verfassung ist außer Kraft gestellt, des gleichen die Gesetze über das Vereins- und Versammlungsrecht, über das Briefgeheimnis und die Pressefreiheit.

Wenn nun auch offenkundig der Ausnahmezustand lediglich nur als Folge des Krieges zu betrachten ist und deshalb voraussichtlich nicht dazu verwendet werden wird, um die gesetzmäßige Tätigkeit unserer Organisation zu erschweren oder gar zu unterbinden, so ist es doch die Pflicht der Vertrauensmänner, mit der so gründlich geänderten Situation zu rechnen und ihre Tätigkeit danach einzurichten. Eine beabsichtigte und aus der Verhängung des Ausnahmezustandes abzuleitende Behinderung unserer organisatorischen Tätigkeit ist schon deshalb nicht anzunehmen, weil insbesondere die Gewerkschaften in derartig ernsten Zeiten, wie es die gegenwärtigen sind, eine Reihe von Aufgaben erfüllen, die sie nicht zu verachtendem Umfang der Staatsverwaltung abnehmen. Ohne die Unterstützung der Gewerkschaften würden die ohnehin nur allzu berechtigten Ansprüche der durch die Kriegsergebnisse besonders in Mitleidenschaft gezogenen Arbeiterbevölkerung an die Staatsverwaltung noch eine erhöhte Berechtigung erfahren, welcher nicht Rechnung zu tragen dieser nur sehr schwer möglich wäre.

Trotz dieser Annahme jedoch ist immerhin die strikteste Aufmerksamkeit am Platze, weil in derartig aufgeregten Zeiten mancherlei Zwischenfälle nicht außerhalb des Bereiches der Wahrscheinlichkeit liegen. So wenig aber anzunehmen ist, dass die Absicht besteht, mit Hilfe der durch den Ausnahmezustand gesteigerten behördlichen Macht die gewerkschaftliche Organisationsarbeit systematisch zu behindern, so sehr muss mit der Wahrscheinlichkeit gerechnet werden, dass dies in einzelnen Fällen versucht werden wird. Um alle diese etwaigen Versuche nun im Vorhinein unwirksam zu machen, ist die genaueste Beachtung der gesetzlichen Bestimmungen und der behördlichen Verfügungen dringendste zu empfehlen. Nebst diesem natürlich aber auch die strengste Befolgung der behördlich genehmigten Statuten. Unsere Zentral- und Zweigorganisationen sollen strenge im Rahmen der ihnen zukommenden Arbeiten bleiben und sich um nichts kümmern, was außerhalb dieses Rahmens liegt. Die Versammlungen sollen genau nach den Bestimmungen des Gesetzes bei der Behörde angemeldet und möglichst öffentlich abgehalten werden, so wie überhaupt die ganze Organisationstätigkeit sich im zulässigsten Umfang vor der Öffentlichkeit abspielen soll. Die Gewerkschaften haben nie und auch jetzt nicht die Kontrolle der Öffentlichkeit zu fürchten, und je mehr sie diese zum Zeugen ihrer Tätigkeit aufrufen, um so mehr sind sie von unliebsamen Störungen ihrer gegenwärtig

mehr denn je gemeinnützigen Tätigkeit geschützt.

Bei den Versammlungen ist ohne jede Rücksicht darauf, ob diesen ein behördlicher Vertreter beiwohnt oder nicht, strenge darüber zu wachen, dass über nichts verhandelt werde, was außerhalb des Rahmens der gewerkschaftlichen Tätigkeit liegt. Zwar kann nie eine Organisation für irgendeine Rede eines jeden Mitgliedes verantwortlich gemacht werden: immerhin ist aber auch auf diesem Gebiet größte Vorsicht am Platze.

Als selbstverständlich erachten wir es, dass alle unsere gewerkschaftlichen Organisationen ihre bisherige Tätigkeit in aller Ruhe fortsetzen. So ernst auch die Zeit sein mag und so sehr sie auch die größten Anforderungen an die Opferwilligkeit eines jeden einzelnen von uns stellt: ein Grund etwa für die freiwillige Einschränkung unserer Tätigkeit darf sie nicht sein! Im Gegenteil: Je ernster die Zeit, je größer die Opfer, die sie von uns gebieterisch fordert, um so größer für uns die Pflicht, an die Zukunft zu denken, die mehr denn je starke und leistungsfähige Gewerkschaften für die Arbeiterklasse nötig haben wird. Inwieweit die Tätigkeit der einzelnen Gewerkschaften im bisherigen gewohnten Umfang in den verschiedenen Tätigkeitszweigen fortgeführt werden wird, hängt wohl von den einschlägigen Verhältnissen ab. Ob die Agitationstätigkeit, so wie bisher, fortzuset-

zen ist; ob das Unterstützungswesen keine Einschränkung erfahren muss, um den so außerordentlich gesteigerten Ansprüchen gerecht werden zu können; inwieweit es möglich ist, bereits in Angriff genommene Lohnbewegungen fortzusetzen: Dies alles und noch so manche andere interne Organisationstätigkeit wird wohl in den einzelnen Verbänden je nach den Verhältnissen geregelt werden. Bloß bezüglich der Lohnbewegungen glauben wir unsere Ansicht dahin aussprechen zu müssen, dass die gegenwärtige Zeit für solche am allerungünstigsten ist und deshalb die Einleitung und Fortführung von solchen möglichst unterlassen bleiben soll.

Genossen! Eine überaus ernste Zeit ist es, die vor uns liegt. Ihre Überwindung und die Sicherung unserer gewerkschaftlichen Kraft wird nur durch die sorgsamste Gewissenhaftigkeit und die weitest gehende Opferwilligkeit aller unserer Mitglieder, hauptsächlich aber unserer Vertrauensmänner ermöglicht werden. Besonders schwierig gestaltet sich die Sachlage auch deshalb für uns, weil wir ganz ohne jede Erfahrung in die Ereignisse eintreten. Seitdem es in den Industriestaaten eine Gewerkschaftsbewegung in der heutigen Art und in dem heutigen Umfang gibt, hat noch keiner von diesen einen Krieg solcher Art geführt, wie er gegenwärtig uns heimsucht. Wir haben demnach keine eigenen Erfahrungen, auch nicht solche ausländischer Bruderorganisationen, die uns etwa als Gradmesser dafür

dienen könnten, was alles uns noch bevorsteht.

Umso mehr müssen wir alles daransetzen, um die österreichische Gewerkschaftsbewegung ungeschwächt in eine bessere Zukunft zu retten. Alles Heil, aller Fortschritt der österreichischen Arbeiterklasse in der Zukunft hängt davon ab, inwieweit uns diese so überaus wichtige und, wie wir sehr gerne zugeben, auch schwierige Aufgabe gelingt. Wir erwarten von dem proletarischen Pflichtbewusstsein unserer Vertrauensmänner, dass jeder einzelne von ihnen sein bestes Wissen und Können dafür einsetzt, um dieses wichtige und bedeutungsvolle Ziel zu erreichen.

Es lebe die österreichische Gewerkschaftsbewegung!

ORGANISATIONSFRAGEN DER GEWERKSCHAFTLICHEN INTERNATIONALE

Artikel in der Arbeiterzeitung, Juni 1927

Anfang August tritt in Paris der Internationale Gewerkschaftskongress zusammen. Neben den Fragen der internationalen gewerkschaftlichen Hilfsaktionen, neben dem großen Problem des internationalen Ringens um den Achtstundentag wird vor allem eine Frage den Kongress zu beschäftigen haben, die für die internationale Gewerkschaftsbewegung von ausschlagge-

bender Bedeutung ist: der organisatorische Aufbau des Internationalen Gewerkschaftsbundes.

So wie der Kapitalismus ununterbrochen seine Organisationsformen verändert und der geänderten wirtschaftlichen Lage anpasst, so müssen auch die Arbeiterorganisationen, die Gewerkschaften, ununterbrochen darauf bedacht sein, gegenüber der Entwicklung des Kapitalismus nicht zurückzubleiben und ihren organisatorischen Aufbau der kapitalistischen Entwicklung anzupassen. In der Zeit, in der kaum ein Streik, kaum eine Lohnbewegung mehr auf ein einzelnes Land beschränkt bleibt, in einer Zeit, in der der Kapitalismus immer neue internationale Organisationen aufbaut, um aus seiner Krise herauszukommen, in einer solchen Zeit muss auch die internationale Gewerkschaftsbewegung viel aktiver werden, als sie es bisher war und sein konnte.

Die gewerkschaftliche Internationale soll nicht nur ein internationales Büro sein, das den Gewerkschaften Informationen über gewerkschaftliche Fragen in anderen Ländern gibt, sondern in der Zeit der verschärften gewerkschaftlichen Kämpfe in allen Ländern, in der Zeit, da sich die Verschärfung der Klassenkämpfe auch jeden Tag im gewerkschaftlichen Leben zeigt, muss es möglich sein, internationale und gewerkschaftliche Aktionen zu vollbringen. Wie können wir die gewerkschaftliche Internationale lebendiger, aktiver als bisher gestalten?

ten, wie können wir sie im Bewusstsein der gewerkschaftlichen Organisationen und der Gewerkschafter noch tiefer verankern, wie organisieren wir am besten die internationale Zusammenarbeit der Gewerkschaften gegenüber den internationalen Kartellen, wie organisieren wir die internationale Zusammenarbeit bei Streiks und großen Lohnbewegungen? Das sind die großen Fragen, die den internationalen Gewerkschaftskongress beschäftigen müssen.

Der internationale Gewerkschaftsbund mit dem Sitz in Amsterdam ist vor allem auf den gewerkschaftlichen Landeszentralen aufgebaut. Die einzelnen gewerkschaftlichen Verbände gehören dem Bund durch das Mittelglied der gewerkschaftlichen Landeszentralen an. Daneben gibt es aber noch andre internationale gewerkschaftliche Organisationen: die internationalen Berufssekretariate, denen alle Gewerkschaftsorganisationen der gleichen Branche angeschlossen sind. Diese Berufssekretariate haben nach dem Krieg eine ganz andre Bedeutung als früher gewonnen. Vor dem Krieg waren sie in den meisten Branchen völlig bedeutungslos und haben im Allgemeinen hauptsächlich die Frage der internationalen Reifeunterstützungen, der Anerkennung der bei der gleichen Branchenorganisation im Ausland verbrachten Mitgliedszeit zu behandeln gehabt. Daneben trat die Frage der internationalen Hilfe bei Streiks zurück, da diese Hilfe vor allem von dem Bureau der gewerkschaftlichen

Internationale in Berlin geregelt wurde. Das ist nach dem Krieg anders geworden. In allen Branchen sind internationale Berufssekretariate wieder oder neu errichtet worden, und wer das gewerkschaftliche Leben in allen Ländern und allen Branchen verfolgt, der muss feststellen, dass in den internationalen Berufssekretariaten ungleich frischeres gewerkschaftliches Leben herrscht als früher. Das hat seine guten Gründe. Ich habe schon vorhin darauf verwiesen, dass es keine größere Lohnbewegung gibt, die nicht über die Grenzen des Landes hinausweisen würde; ich habe darauf verwiesen, dass die internationalen Kartelle und Truste, aber auch die Ausbreitung verschiedener Unternehmungen auf mehrere Länder eine Verständigung zwischen den Fachorganisationen verschiedener Länder, ihre ständige Zusammenarbeit unentbehrlich und zu einem notwendigen Instrument der gewerkschaftlichen Tagesarbeit machen. Gerade diese Arbeit kann aber nicht oder nur schwer von einer internationalen Gewerkschaftsorganisation besorgt werden, die auf Landeszentralen aufgebaut ist; sie kann nur von einer branchenmäßig gegliederten Organisation, also von den internationalen Berufssekretariaten besorgt werden. Dazu kommt die Frage der internationalen Hilfeleistung bei Streiks und Lohnbewegungen. Erstreckt sich der Kampf nur auf eine Branche, so ist in erster Linie die internationale Branchenorganisation berufen, Hilfe zu leisten. Aber es kann auch Branchenstreiks geben, die zu allgemeinen

Aufständen führen oder die – wie zum Beispiel der englische Bergarbeiterstreik – von so folgenschwerer Bedeutung sind, dass die Hilfeleistung nicht auf eine Branche beschränkt werden kann. Gerade in solchen Fällen ist es zweckmäßig, wenn die Hilfsaktion von einer und nicht von mehreren Stellen organisiert wird, wenn Berufssekretariat und internationale Gewerkschaftsorganisation aufs engste zusammenarbeiten.

Aus all diesen Gründen erwägen ich und mit mir viele österreichische Gewerkschafter schon seit längerer Zeit die Frage, ob es nicht zweckmäßiger wäre, die internationale Gewerkschaftsorganisation viel mehr als bisher auf einer Vereinigung der internationalen Berufssekretariate aufzubauen. Die internationalen Berufssekretariate, von denen jedes einzelne außerordentlich große internationale Aufgaben für seine Branche zu lösen hat, sollen zusammen die organisatorische Grundlage des Internationalen Gewerkschaftsbundes bilden: so wie die gewerkschaftliche Landeszentrale die Zusammenfassung der Branchenorganisationen eines Landes ist, so soll auch der Internationale Gewerkschaftsbund eine Gewerkschaftskommission im internationalen Maßstab sein. Das würde bedeuten, dass auch das sachliche Element im internationalen Gewerkschaftsleben viel stärker zur Geltung käme als bisher. Das hätte aber auch zur Folge, dass es nicht mehr ein Nebeneinander von internationalen gewerkschaftlichen Aktionen gäbe,

sondern dass die zusammenfassende internationale gewerkschaftliche Aktion dann in Erscheinung treten könnte, wenn die Kräfte oder der Wirkungskreis der Berufsorganisationen nicht mehr ausreichen würden. Das würde keineswegs bedeuten, dass die gewerkschaftliche Internationale etwa hinter den Berufssekretariaten in den Hintergrund treten müsste, auch die gewerkschaftlichen Landeszentralen haben überall gewaltige Bedeutung und großen Einfluss, auch wenn für sie der Grundsatz gilt, dass sie nur die gemeinsamen Fragen der Zentralverbände zu behandeln haben. So wie die einzelnen gewerkschaftlichen Landeszentralen als Zusammenfassung der selbständigen Gewerkschaften oft entscheidenden Einfluss auf die gewerkschaftliche Richtung und die gewerkschaftliche Politik der einzelnen Verbände üben können, so wird auch der Internationale Bund diesen Einfluss üben können, wenn er die Berufssekretariate vielmehr als bisher als organisatorische Grundlage benützt.

Man wird einwenden, dass dieser Vorschlag, den Internationalen Gewerkschaftsbund vor allem auf der Zusammenfassung der internationalen Berufsorganisationen aufzubauen, auch große Nachteile hätte; man wird fragen, was bei allgemeinen Landesstreiks geschehen soll und wie der Zusammenhang zwischen den einzelnen gewerkschaftlichen Landeszentralen hergestellt werden soll. Bei allgemeinen Landesstreiks ist es selbstverständlich, dass

der Internationale Gewerkschaftsbund in Aktion treten und die gewerkschaftlichen Landeszentralen zur Hilfeleistung aufrufen muss. Dazu ist aber notwendig, so wird man einwenden, dass die internationale Gewerkschaftsorganisation mit den einzelnen Landesverbänden Verbindung hat. Das hat niemand bestritten. Selbstverständlich müssen die Vertreter der Berufssekretariate im Internationalen Gewerkschaftsbund durch Vertreter der Landeszentralen ergänzt werden. Wogegen wir uns wenden, ist vor allem, dass im Vorstand des Internationalen Gewerkschaftsbundes nur drei Vertreter der Berufssekretariate sitzen, während alle anderen Vorstandsmitglieder Vertreter der Landeszentralen sind. Wir sind der Ansicht, dass der internationale Bund sein Leben und seine Aktivität aus dem Leben der großen internationalen Industriegruppenorganisationen schöpfen soll. Das wird die Schlagkraft der internationalen Gewerkschaftsorganisation auch in allgemeinen sozialpolitischen Fragen, also vor allem in ihrer Tätigkeit im internationalen Arbeitsamt gewiss nicht beeinträchtigen. Abgesehen davon, dass es eine Reihe von sozialpolitischen Spezialgesetzen gibt, für deren internationale Durchsetzung eine Berufsorganisation arbeitet – man denke nur an die Bemühungen der Internationalen Union der Lebensmittelarbeiter um das Zustandekommen und die Ratifizierung der Konvention über den Bäckerschutz -, ist es selbstverständlich ohne weiteres möglich, dass der Internationale Gewerkschafts-

bund, auch wenn er vor allem der Exponent der internationalen Berufsorganisationen ist, zu allgemeinen gewerkschaftlichen, zu sozialpolitischen Fragen Stellung nehmen und dort, wo es notwendig ist, in politischen Fragen mit der Sozialistischen Arbeiter-Internationale zusammenwirken kann. Je mehr man auch diese bedeutungsvolle organisatorische Frage überdenkt, mit der sich der internationale Gewerkschaftskongress in Paris beschäftigt wird, man kommt immer mehr zu der Ansicht, dass es für die internationale gewerkschaftliche Schlagkraft der Arbeiterklasse nur von Nutzen sein kann, wenn wir den Internationalen Gewerkschaftsbund ungleich mehr als bisher auf den internationalen Berufssekretariaten aufbauen. Damit hat auch die österreichische Gewerkschaftskommission vor einigen Tagen nach einer eingehenden Debatte über den Pariser Kongress einstimmig beschlossen, dass die österreichischen Gewerkschaften in Paris für eine solche Änderung des organisatorischen Aufbaues auf dem internationalen Gewerkschaftskongress eintreten und ihm einen ausgearbeiteten Vorschlag über eine solche Änderung unterbreiten sollen.

DIE GEWERKSCHAFTEN SIND ABWEHRBEREIT!

Artikel in der Arbeiterzeitung, Oktober 1929

In überaus ernster Zeit hat die Vorstandskonferenz der Freien Gewerkschaften, der

Delegierte aller dem Bund der Freien Gewerkschaften Deutschösterreichs angehören, Mittwoch einmütig beschlossen, alle Organisationen aufzufordern, für die allernächste Zeit, womöglich schon für den heutigen Sonntag, Reichskonferenzen einzuberufen und die Vertrauensmänner aus dem ganzen Bundesgebiet, die Betriebsratsobmänner der großen Betriebe, die Männer, die überall die gewerkschaftliche Agitation und Organisation leiten und die Verantwortung für die Aktionen der gewerkschaftlich Organisierten im ganzen Land tragen, über den Ernst der Lage aufzuklären und mit ihnen die Aufgaben zu besprechen, die in dieser Lage den Gewerkschaften unter Umständen erwachsen. Einige Organisationen haben bereits gestern und vorgestern ihre Beratungen abgehalten, der größte Teil der Zentralverbände – mehr als zwanzig – halten ihre Beratungen heute ab, eine Reihe von Verbänden folgt in den nächsten Tagen. Es sind gewaltige wirtschaftliche Kräfte, die in diesen Beratungen vertreten sind. Man lese nur die Liste der Verbände, die heute tagen: Die Eisenbahner, der Freie Gewerkschaftsverband, dem die Verkehrs- und Transportarbeiter angehören, soweit sie nicht auf den Eisenbahnen tätig sind – Dazu gehören dem Freien Gewerkschaftsverband noch eine Reihe anderer lebenswichtiger Berufe an, wie zum Beispiel die Spitalbediensteten und andere mehr -, die Lebensmittelarbeiter, die Technische Union, die die Telegraphen-, Fernsprech- und Ra-

diobediensteten umfasst, die Arbeiter der immer stärker ausgebreiteten chemischen Industrie; die Metall- und die Bergarbeiter halten ihre Beratung am nächsten Sonntag ab – welche gewaltige Fülle von wirtschaftlicher Kraft und wirtschaftlicher Verantwortung ist in diesen Organisationen vereinigt! Welche Bürde der Verantwortung legt uns allein der Entschluss auf, alle diese Kräfte zu mobilisieren und sie auf die drohenden Gefahren aufmerksam zu machen!

Aber wir mussten die Verantwortung auf uns nehmen, die Abwehrbereitschaft der Freien Gewerkschaften einmal in einer großen Kundgebung zu manifestieren, damit vielleicht noch im letzten Augenblick unser Land vor einer wirtschaftlichen und politischen Katastrophe verschont bleibe. Denn das will ich klar und ohne große Phrasen mit aller Deutlichkeit sagen: wenn man sie zum Kampf zwingt, dann werden die Gewerkschaften auf dem Platz sein! Und man würde uns zum Kampf zwingen, wenn man die Verfassung der Republik brechen, mit einem Putsch oder Staatsstreich uns eine Verfassung oktroyieren wollte, die im Parlament nicht die Zweidrittelmehrheit gefunden hat. Der gegenwärtige Entwurf wird diese Zweidrittelmehrheit niemals finden. Denn der Entwurf der Regierung Schober ist gerade für die gewerkschaftlich Organisierten unannehmbar. Wenn der Bundeskanzler gesagt hat, er habe „niemand zu Leide und niemand zur Freude“ die Vorlagen ausgearbeitet, so muss ich als Gewerk-

schafter erklären, dass wir diese Vorlagen vor allem als gegen die Gewerkschaften und gegen die Sozialpolitik gerichtet empfinden. Über die politischen Bestimmungen, die in dieser Verfassung enthalten sind, mögen sich die Politiker auseinandersetzen. Aber glaubt man, dass die Gewerkschaften nicht verstehen, welche Gefahren Bestimmungen, wie das beinahe uneingeschränkte Ratverordnungsrecht des Bundespräsidenten und die Möglichkeit, den Ausnahmezustand zu verhängen, für die Entwicklung der Gewerkschaften bedeutet? Glaubt man, wir verstehen nicht die Hintergedanken, die sich in den Bestimmungen verstecken, die eine Einschränkung der Rechte des Parlaments bedeuten? Wir verstehen schon, wie es sich – vielleicht nicht der Herr Bundeskanzler persönlich – aber manche, und zwar gerade die Unternehmer, vorstellen, die leider jetzt das große Wort auf dem Schwarzenbergplatz führen: dem Nationalrat wird ein Gesetz über den Abbau eines wichtigen sozialpolitischen Gesetzes, etwa des Achtstundentages vorgelegt. Die Sozialdemokraten wehren sich aufs Entschiedenste gegen diesen Plan und erfüllen damit nur die Pflicht, die sie gegen die Arbeiter und Angestellten und ihre Gewerkschaften haben. Aufgrund des neuen Paragraphen 14, der jetzt Artikel 18 heißen soll, kann der Bundespräsident – mitten in den parlamentarischen Beratungen – die Befugnis, das Gesetz zu ändern, ohne weiteres an sich ziehen und die Abschaffung des Achtstundentages de-

kletieren. Man wird einwenden: Die Verordnung muss doch nachher dem Parlament vorgelegt und auf Verlangen der Mehrheit außer Kraft gesetzt werden. Aber wird sich denn die Mehrheit finden, die dem Präsidenten den Kampf ansagt. Und werden nicht viele bürgerliche Abgeordnete, die sonst vor ihren Wählern Scheu gehabt und einer solchen Gesetzesvorlage nicht oder nur sehr zögernd zugestimmt hätten, jetzt ohne weiteres dafür stimmen können, dass die nun einmal erlassene Verordnung in Kraft bleibe? Und soll der Bundespräsident nicht gleichzeitig die Macht haben, das Parlament aufzulösen und es zunächst gar nicht einzuberufen? Inzwischen kann die Regierung mit dem Ausnahmezustand regieren! Aber denken wir vor allem an ein Beispiel, das sehr nahe liegt und für das uns die parlamentarischen Kämpfe der letzten Jahre genügend Erfahrung gegeben haben. Beinahe jedes Mal, wenn einzelne Bestimmungen des Arbeitslosenversicherungsgesetzes abgelaufen sind, hat man den Gewerkschaften eine wesentliche Verschlechterung der Bestimmungen zugemutet. Ein großer Teil der außerordentlich scharfen parlamentarischen Kämpfe, die in den letzten Jahren geführt werden mussten, sind nur darauf zurückzuführen. Nehmen wir nun an, es bestünde das beinahe ungehemmte Notverordnungsrecht, wie es die neue Verfassung schaffen will. Wir hätten schon längst keine oder nur noch eine außerordentlich verkümmerte Arbeitslosenunterstützung.

Wir Gewerkschafter sind fest überzeugt, dass die Verfassungsvorlage der Regierung Schober nur ein Vorpostengefecht ist. Das Eigentliche soll erst kommen, wenn man uns mit dieser Verfassung die demokratischen Kampfmöglichkeiten genommen hat. Das Eigentliche ist dann der Abbau der sozialpolitischen Rechte und Errungenschaften, die wir alten Gewerkschafter in jahrzehntelangem Ringen endlich durchgesetzt haben. Es ist das Werk unseres verstorbenen Freundes Hanusch, um das es in letzter Linie geht. Die Arbeitslosenunterstützung, der Achtstundentag, das Betriebsrätegesetz, die umfassende Sozialversicherung, der Mieterschutz – all das würde den Unternehmern zum Opfer fallen, wenn wir uns in dem Kampfe um die Verfassung besiegt geben würden. Denn wozu will man das Notverordnungsrecht, wozu den Ausnahmezustand, der letzten Endes nur die Gewerkschaften und ihre organisatorische Tätigkeit treffen würde – im Ausnahmezustand kennen wir uns aus -, wenn man von diesen Bestimmungen keinen Gebrauch machen will? Die Unternehmer sind nicht so dumm, um leichtfertig das Geld für die Aufzucht der Heimwehrebewegung hinauszuerwerfen, unter deren „Druck“ diese Verfassungsreform entworfen worden ist und Gesetz werden soll. Der Schwarzenbergplatz wird schon zur rechten Zeit seine Rechnung präsentieren. Und diese Rechnung wird lauten: Abbau der sozialen „Lasten“, Abbau der sozialpolitischen Gesetzgebung, verschärfter Lohndruck, indem man

die Wirksamkeit der Gewerkschaften überhaupt ausschaltet! Darum geht der Kampf: die Verfassung soll nur den geeigneten Boden für diesen Kampf schaffen.

Es geht also, so merkwürdig das gerade bei einer Verfassung klingt, gar nicht oder zum großen Teil nicht um politische Fragen, sondern hauptsächlich um wirtschaftliche und sozialpolitische Fragen. Die Gewerkschaften würden sich der verhängnisvollen Pflichtverletzung schuldig machen, wenn sie diesen Zusammenhang nicht durchschauen würden. Aber gerade darum ist es wichtig, dass wir unsere Mitgliedschaft, die siebenhunderttausend organisierten Arbeiter und Angestellten, über die furchtbaren Gefahren für unser ganzes sozialpolitisches Gesetzgebungswerk aufklären und ihnen zeigen, dass es wirklich gewerkschaftliche Fragen sind, um die bei dem Kampf um die Verfassungsbestimmungen gerungen wird. Darum sind die Gewerkschaften auf den Plan getreten.

Wer uns Gewerkschafter kennt, weiß, dass wir keinen Entschluss fassen, ohne ihn zehnmals zu überlegen. Das gilt von dem Beschluss über die Führung der kleinsten Lohnbewegung, das gilt um so mehr von einem unter Umständen so folgenschweren Beschluss wie dem, den die Vorstandskonferenz am Mittwoch gefasst hat: denn wir wissen sehr wohl, dass wenn wir die gewerkschaftlichen Vertrauensmänner aus dem ganzen Bundesgebiet plötzlich zu Be-

rationen nach Wien berufen und in ihnen die Entschlossenheit der Gewerkschaften zum Abwehrkampf betonen, das in einem gegebenen Augenblick auch die bedeutendsten Folgen haben kann. Aber angesichts der Situation, in der in unverantwortlicher Weise immer von Staatsstreich oder vom Putsch herumgeredet wird, falls die Sozialdemokraten im Parlament dieser unmöglichen Vorlage nicht zustimmen, ist uns nichts anderes übriggeblieben. Wir kennen nur allzu gut die wirtschaftliche Lage und die furchtbaren Gefahren, die sie in sich birgt. Wir, die wir seit zehn Jahren einen heroischen Kampf gegen das Gespenst der Arbeitslosigkeit führen, wissen, dass die Arbeitslosigkeit, selbst bei gutem Geschäftsgang, schon infolge der Nationalisierung immer weiter um sich greift. Wie furchtbar würde die Arbeitslosigkeit, die Krise erst werden, wenn ein Bürgerkrieg die letzten wirtschaftlichen Grundlagen erschüttern würde, auf denen unsere Wirtschaft ruht! Aber unsere allerstärkste Friedensbereitschaft, die die Gewerkschaften Tag für Tag bekunden, nützt nichts, wenn man aus unserem Verantwortungsgefühl nur auf – Schwäche schließt. Die österreichischen freien Gewerkschaften sind viel zu stark und geschlossen, als dass sie in kraftmeierischer Sprache auf ihre Größe hinweisen müssten, aber das eine möchte ich den Herren Putschisten und Staatsstreichern in aller Ruhe sagen: Wenn sie uns zum Kampf zwingen, dann werden für sie bitterböse Enttäuschungen kommen, falls sie

glauben, die österreichischen Arbeiter und Angestellten besiegen zu können! Ein solcher Kampf würde ganz anders ausgehen, als sich ihn mancher mit dem Hahenschwanzhut gezielter Hitzkopf vorstellt! Ich kenne die österreichischen Gewerkschaften seit mehr als vierzig Jahren; ich habe schon oft in erregten, kritischen Situationen bei Vorstandskonferenzen den Vorsitz geführt. Aber ich kann ruhig behaupten, ich habe noch nie eine Vorstandskonferenz in so ernster Entschlossenheit zum Äußerten gesehen, wie die Konferenz am letzten Mittwoch. Unsere Gewerkschaften sind wirklich entschlossen, wenn man ihnen durch einen Verfassungsbruch den Kampf aufzwingt: die freien Gewerkschaften sind abwehrbereit!

KÄMPFER SEIT FÜNFZIG JAHREN

Artikel in der Arbeiterzeitung, Juli 1931

Anlässlich der Wahl in den Reichsrat im Jahre 1891, also just vor vierzig Jahren, schrieb Viktor Adler eine Flugschrift, die wir in hunderttausenden Exemplaren in Wien zur Verteilung brachten. Das war wegen des herrschenden Ausnahmezustandes wahrlich keine leichte Aufgabe. An der Spitze der Flugschrift standen in fetten Lettern die Worte Viktor Adlers:

„Die soziale Frage pocht mit ehernen Hämmern an die Throne aller Staaten, nur wer sie löst, dem gehört die Zukunft.“

Vierzig Jahre sind seitdem vergangen. Heute ist es kein „Pochen“ mehr, sondern die Tore aller Staaten werden schon mit ungestümen Schlägen bearbeitet, die soziale Frage drängt einer Lösung zu.

Wie stand es mit unseren Rechten noch vor fünfzig Jahren?

Von einem Arbeiterrecht nicht die geringste Spur. Kein Lohnrecht, zwölf- bis vierzehnstündige Arbeitszeit, keine Sonntagsruhe, keine Kranken- oder Unfallversicherung, keine Arbeitslosenunterstützung, kein Urlaubsrecht, kein Wahlrecht – nichts von alledem war vorhanden. Ja, im Jahre 1884 wurde gar noch der Ausnahmezustand verhängt und selbst die bescheidenen Ansätze einer Widerstandsorganisation zerbrochen. Doch die fünfzigjährige Arbeit einer Schar von unerschrockenen Genossen hat die Grundpfeiler zum heutigen Aufstieg der Arbeiterklasse gebaut. Und heute stehen wir achtungsgebietend mit einer großen Einheitsorganisation da, die befähigt ist, die Lösung der sozialen Frage in der nächsten Zukunft entscheidend mitzubestimmen.

Der Internationale Sozialistenkongress ist auch für uns Gewerkschaften das Forum, das berufen ist, aus der Krise des Kapitalismus neue Wege zu neuen Zielen zu weisen. Möge die große Heerschar, die jetzt im Konzerthaus in schicksalsschwerer Zeit abgehalten wird, sich des großen, historischen

Augenblicks würdig erweisen und der Welt die Aussicht auf eine bessere, schönere Zukunft eröffnen.

NACHRUF AUF ANTON HUEBER

Aus der illegal erschienenen Zeitschrift „Die Gewerkschaft, Mitteilungsblatt für Betriebsräte und Vertrauensmänner“, August-September 1935

Im Dunkel der faschistischen Gegenrevolution ist Anton Hueber, der Begründer der Freien Gewerkschaften Österreichs, gestorben.

Anton Hueber, der Drechslergehilfe, erkannte schon in der Zeit des Ausnahmezustandes, dass nur die Vereinigung der Arbeiter in großen gewerkschaftlichen Organisationen, der Zusammenschluss der kleinen Branchenvereine zu einheitlichen Zentralverbänden, Schutz gegen die immer ärger werdende Ausbeutung bringen kann, die untrennbar mit dem kapitalistischen Fortschritt verbunden ist. Und er machte sich in einer Zeit völliger Rechtlosigkeit der Arbeiter an die Arbeit. Der machtlose Drechslergehilfe wurde in zäher, unerbittlicher Arbeit der Führer einer gewaltigen Organisation, die die Mächtigen des alten Kaiserstaates fürchteten. Anton Hueber, der einfache, von den kaiserlichen Gewalten gehetzte und gejagte Drechslergehilfe,

wurde einer der mächtigsten Männer der jungen Republik: er versuchte, die Macht der Arbeiterklasse nach der Revolution vor allem zu reicher sozialpolitischer Schutzgesetzgebung auszunützen. Erst heute, da die Arbeiter die bedeutungsvollsten Schutzgesetze verloren haben, kann erlassen werden, wie gewaltig das Werk war, das die Gewerkschaften unter der Führung Huebers, Domes' und Hanuschs in den ersten Jahren nach dem Krieg vollbracht haben.

Ein großes Leben, das in der Geschichte der österreichischen und der internationalen Arbeiterbewegung verzeichnet sein wird, ist zu Ende gegangen. Von Schmerz und Trauer überschattet waren die letzten Lebensjahre Huebers. Aber der Sieg der Reaktion über Huebers Werk wird nur eine vorübergehende Episode sein. Das ist unser Gelöbnis an der Bahre Huebers. Und dieses Gelöbnis, das Werk des Toten zu neuem Leben zu erwecken und fortzuführen, soll keine leere Phrase sein. Scheinbar hat die Reaktion Huebers Werk zerstört – nur scheinbar, denn die „Sieger“, die unsere Gewerkschaften geraubt, die Heime der Arbeiter geschändet, die sorgsam zusammengefügt Spargroschen der Arbeiter gestohlen und für ihre dunklen Zwecke missbraucht haben, wissen selbst am besten, dass sie sich ihres Triumphes nicht freuen können. Wenn auch in die Illegalität gezwungen, wenn auch verfolgt und gehetzt, wenn auch mit viel größerer Brutalität verfolgt als Hueber in der Zeit des Ausnahme-

zustandes – die freie Gewerkschaftsbewegung in Österreich ist nicht tot, sie lebt und arbeitet.

Wir kämpfen für die Wiederauferstehung des Werkes Anton Huebers!

BIBLIOGRAPHIE

Adler, Victor: Aufsätze, Reden, Briefe. Heft I-IX. Wien, 1922-1929

Anton Hueber. Sozialdemokrat Nr. 158/1935. Prag, 1935

Anton Hueber zum 100.Geburtstag. ÖGB-Bildungsfunktionär Nr. 9/1961. Wien, 1961

Boschek, Anna: Anton Huebers zehnter Todestag. Der österreichische Arbeiter und Angestellte Nr. 3/1945. Wien, 1945

Blecha, Karl: Anton Hueber. In: Leser, Norbert (Hg.): Werk und Widerhall. Große Gestalten des österreichischen Sozialismus. Wien, 1964

Bund der freien Gewerkschaften Österreichs: Protokoll der Verhandlungen des 11.Österreichischen Gewerkschaftskongresses. Wien, 1931

Deutsch, Julius: Geschichte der österreichischen Gewerkschaftsbewegung, 2 Bände. Wien, 1929 u. 1932

Ellenbogen, Wilhelm: Anton Hueber. Der Kampf Nr. 10/1921. Wien, 1921

Evers, John: Internationale Gewerkschaftsarbeit in der Habsburgermonarchie. Wien, 2010

Fachblatt der Drechsler. Organ für Sozialpolitik und Fachinteressen. Jahrgang 1892. Wien, 1892

Gebt den Arbeitern die geraubten Gewerkschaften zurück! Arbeiterzeitung Nr. 29/1935. Brünn, 1935

Gewerkschaftskommission Österreichs: Rechenschaftsberichte und Protokolle. Wien, 1891-1913

Gewerkschaftskommission Deutschösterreichs: Berichte und Protokolle. Wien, 1919-1928

Hannak, Jacques: Der Mann mit den drei Volksschulklassen. Aus Anton Huebers Jugendtagen. Das kleine Blatt Nr. 156/1927. Wien, 1927

Hannak, Jacques: Anton Hueber. In: Männer und Taten. Zur Geschichte der österreichischen Arbeiterbewegung. Wien, 1963

Hueber, Anton: Ein Privatgespräch. Arbeiterzeitung v. 11.03.1911. Wien, 1911

Hueber, Anton: Gewerkschaft und Partei – gegeneinander oder miteinander? In: Österreichischer Gewerkschaftsbund: Gewerkschaftskalender 1963. Wien, 1962

Hueber, Anton/Seitz, Karl: Gewerkschaft und Partei. Zum Jubiläum der Gewerkschaftsinternationale. Arbeiterzeitung v. 23.09.1926. Wien, 1926

Klenner, Fritz: Anton Hueber. In: Verlag des ÖGB (Hg.): Von unten auf. Der Aufstieg vom Sklaven zum freien Arbeiter. Mit einer Würdigung der Persönlichkeit Anton Huebers. Wien, 1953

Klenner, Fritz: Die österreichischen Gewerkschaften. 2 Bände, Wien, 1953

Körner, Theodor: Einigkeit führt zum Erfolg! Solidarität Nr. 8/1953. Wien, 1953

Mommsen, Hans: Die Sozialdemokratie und die Nationalitätenfrage im habsburgischen Vielvölkerstaat. Wien, 1963

Österreichischer Gewerkschaftsbund: Gewerkschaftlicher Nachrichtendienst Nr. 604/1955. Wien, 1955

Rappel, Heinz: Anton Hueber (1861-1935). Leben und Werk. Dissertation. Wien, 1975

Sozialdemokratische Arbeiterpartei Österreichs: Parteitageprotokolle. Wien, 1899-1931

In der Reihe Zeitgeschichte und Politik sind bisher erschienen:



Martina Krenn, Maria Rathgeb
90 Jahre Betriebsratsgesetz 1919-2009



Marcus Strohmeier
Aufbruch in die Zukunft.
Aus der Geschichte des Österreichischen
Gewerkschaftsbundes



Marcus Strohmeier
Lernen um zu kämpfen
Kämpfen um zu siegen
Josef Luitpold Stern (1886-1966)



Jiří Pokorný
Aus der Geschichte der
tschechischen Gewerkschaftsbewegung

Bestellung im Bildungsreferat des ÖGB
E-Mail: bildung@oegb.at